

Armin Puller
Florian Wenninger

Die Sozialdemokratie nach 1945

1B

Politik und Zeitgeschehen



Politik und Zeitgeschichte PZG 1 B

Die Sozialdemokratie nach 1945

Armin Puller / Florian Wenninger

Die Sozialdemokratie nach 1945

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Die Kapitel 1 sowie 7 bis 10 wurden von Armin Puller verfasst;
die Kapitel 2 bis 6 wurden von Armin Puller und Florian Wenninger geschrieben.

Stand: November 2019

Umschlaggestaltung: Thomas Jarmer

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2019 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

1. Einleitung: Die österreichische Sozialdemokratie nach 1945	6
2. Wiedergründung der Partei 1945	14
3. Die Zeit der Großen Koalitionen 1945-1966	20
4. Opposition 1966-1970	30
5. Die Ära Kreisky 1970-1983	34
6. Kleine Koalition 1983-1986	50
7. Wiederauflage der Großen Koalitionen 1986-1999	54
8. Opposition unter Schwarz-Blau-Orange 2000-2006	64
9. Die Großen Koalitionen 2006-2017	72
10. Neue Herausforderungen in der Opposition	86
Literatur	90
Autoren	95

1 Einleitung: Die österreichische Sozialdemokratie nach 1945

Die SPÖ ist im österreichischen politischen Spektrum eine **traditionelle Großpartei mit dem Anspruch, die arbeitende Bevölkerung zu repräsentieren**, d.h. ihre Interessen im politischen System zu vertreten und ihre Lage abzusichern und zu verbessern. Die historischen Wurzeln der SPÖ reichen tief zurück ins 19. Jahrhundert und hängen mit der Geschichte der Organisierung der ArbeiterInnenbewegung und des Kampfes für soziale Reformen und das Wahlrecht für alle BürgerInnen zusammen. In ihrem Selbstverständnis und ihren Parteiprogrammen galt ihr **Regierungsmacht** nie als Selbstzweck, sondern als **Mittel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse** der arbeitenden Bevölkerung mit dem Ziel, diese von ökonomischer Ausbeutung, politischer Unterdrückung und kultureller Abwertung zu befreien, Klassenhierarchien zu bekämpfen und eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit zu errichten. Ihre Politik richtete sich – in unterschiedlichen Strategien, über die verschiedene Meinungen auch im Streit ausgetragen wurden – stets daran aus, die **Arbeitsbedingungen zu humanisieren** und den Arbeitszwang zurückzudrängen, die Wirtschaft vom Profitmotiv auf die gerechte Versorgung aller entsprechend ihren Erfordernissen und Bedürfnissen zu verschieben, die **Wohlfahrt aller zu gewährleisten** in Form eines gesunden und erfüllten Lebens sowie auch, die Demokratie auszuweiten und alle Lebensbereiche mit ihr zu durchfluten. Die sich daraus ableitenden konkreten Aufgaben und Zielsetzungen sowie die Strategien zu ihrer Verwirklichung haben sich in der Geschichte der SPÖ vielfach gewandelt.

Die Geschichte einer Partei zu schreiben, ist gleichbedeutend mit der Erzählung der Geschichte eines Landes aus der Perspektive dieser Partei. Sie umfasst deren Strategien, Debatten und politische Entscheidungen ebenso wie die Umstände, unter denen eine Partei handelt. Sie behandelt deren Erfolge, muss aber auch Misserfolge benennen und Niederlagen in den Blick nehmen. Der hier dargestellte Zeitraum der Zweiten Republik zwischen 1945 und 2019 ist ein langer, der auch durch Brüche gekennzeichnet ist. Die Darstellung in dieser Broschüre orientiert sich an den Phasen der Regierungen, die Österreich seit 1945 geprägt haben.

Aus dem Blickwinkel des europäischen Vergleichs ist die SPÖ Teil einer größeren Bewegung und der sozialdemokratischen Parteienfamilie. Obwohl Österreich ein

kleines Land ist, ist die SPÖ darin eine außergewöhnliche Partei. In vielerlei Hinsicht kann man von der SPÖ sogar als der stärksten und erfolgreichsten sozialdemokratischen Partei Westeuropas sprechen, wie folgende Aspekte aufzeigen:

- (1) Die SPÖ war die **längste Zeit** der Zweiten Republik in **Regierungsverantwortung**. Dabei befand sie sich in Koalitionen als Juniorpartner (1945–1966), war vielfach aber auch die dominante Regierungspartei in Koalitionen (1983–1999, 2006–2017) und hatte sogar die Möglichkeit einer Alleinregierung, ausgestattet mit einer absoluten Mandatsmehrheit im Parlament (1970/1–1983). Die Oppositionsrolle war für sie eine Ausnahme (1966–1970, 2000–2006, seit 2017). Dadurch blieb ihre Politik nie beschränkt auf das Hoffen und Träumen, sondern konnte mittels Gestaltungsmacht auch durchgesetzt werden.
- (2) Gerade in der Periode der Alleinregierung von 1970/1 bis 1983 – der **„Kreisky-Ära“** – konnte die SPÖ unbeschränkt durch eine konservative oder reaktionäre Opposition, auf die sie hätte Rücksicht nehmen müssen, Reformen durchsetzen. Diese haben für Österreich sowohl einen auf nachholender Modernisierung beruhenden Fortschritt bedeutet, als auch die Modernisierung des Landes in eine sozial gerechte, liberale und demokratische Richtung gelenkt.
- (3) Die **Organisationsstärke** der SPÖ ist in relativer Betrachtung einzigartig. Bis in die 1990er-Jahre hinein organisierte sie mehr als 10 % der Wahlberechtigten und etwa 30 % ihrer Wählenden als Mitglieder. Zwischen 1955 und 1985 pendelte die Mitgliedschaft der SPÖ um die 700.000 Personen. Bis heute verfügt die SPÖ im gesamten Staatsgebiet über politische Strukturen und kann auf die Mobilisierungskraft, Kreativität, die Überzeugung und den Eifer vieler Menschen setzen.
- (4) Die SPÖ ist nach 1945 in einem politischen Umfeld entstanden, das sie selbst mitprägen konnte. Es zeichnet sich durch eine Form des gesellschaftlichen Kompromisses aus, der den Interessen der arbeitenden Bevölkerung bis zu einem gewissen Grad institutionell immer Zugang verschafft hat –

1 Einleitung: Die österreichische Sozialdemokratie nach 1945

das System der Sozialpartnerschaft bestehend u.a. auch aus Vertretungen der ArbeitnehmerInnen, nämlich den **Arbeiterkammern** und den **Gewerkschaften**. Es hatte einen wichtigen Anteil am hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Österreich sowie am System der zentralisierten Einkommenspolitik. Die **Sozialpartnerschaft** hat sich im Verlauf der Zweiten Republik fraglos gewandelt und sicherlich auch Schattenseiten. Sie hat allerdings Vorteile, die in anderen Ländern nicht bestehen, nämlich die institutionell verankerte Mitsprache von ArbeitnehmerInnen bei der Gestaltung des Staatswesens und seiner Gesetze sowie auch am Arbeitsplatz und in der Privatwirtschaft. Die organisierte ArbeiterInnenschaft und damit auch die SPÖ war deshalb vom Staatswissen und dem Zugang zum Staatsapparat nie völlig abgeschnitten und verstand dies auch zu nutzen.

- (5) Die Nachkriegszeit verankerte nicht nur die Sozialpartnerschaft, sondern ermöglichte auch den **Aufbau eines der größten öffentlichen Sektoren Westeuropas**. Insbesondere die Schlüsselindustrie war unter staatlicher Kontrolle und konnte daher steuernd eingesetzt werden. Sie machte sich nicht nur mittels hoher Staatseinnahmen bis in die 1980er-Jahre bezahlt, sondern war auch ein Instrument der aktiven Beschäftigungspolitik. Zum öffentlichen Sektor gehören gewerkschaftlich organisierte, gut bezahlte Arbeitsplätze mit hoher sozialer Absicherung, umfassen aber zudem Qualifizierungsmaßnahmen und Lehrstellen, von denen auch die privaten Betriebe profitieren.
- (6) Das „**goldene Zeitalter**“ des **Fordismus** – die Verbindung von Massenproduktion, Massenkonsum und Massendemokratie – war in Österreich fast vollständig durch die Sozialdemokratie geprägt. Sie verstand es, dass die Bedingungen für einen hohen Wohlstand von einer **Politik der Vollbeschäftigung** abhängen, die es den ArbeitnehmerInnen ermöglicht, ein großes Stück des Kuchens abzuschneiden. Die materiellen wie kulturellen Errungenschaften dieser Ära waren umfangreich, weswegen das „goldene Zeitalter“ nicht wie in vielen andern Industriestaaten bereits in den

1970er-Jahren endete, sondern sich aufgrund der „Kreisky-Ära“ (1970–1983) noch bis weit in die 1980er-Jahre zog.

- (7) Mit dem Ende des Fordismus gerieten viele Volkswirtschaften Europas und auch viele sozialdemokratische Parteien in die Krise. Im Allgemeinen gingen die **1980er-Jahre** in Europa mit einem **Aufstieg des Neoliberalismus** einher und brachten Privatisierungen der öffentlichen Sektoren, eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Aufweichung von Wohlfahrtsstaatlichkeit, hohe Arbeitslosigkeit und einen Niedergang der sozialen Infrastruktur mit sich. In Österreich waren die Reformen des Neoliberalismus dagegen weitaus moderater. Dies war einerseits den sozialpartnerschaftlichen Mechanismen zu verdanken, andererseits der Regierungstätigkeit der SPÖ. Die Performance der SPÖ war nach der Ära Kreisky zwar schwächer, aber im europäischen Vergleich – zahlreiche andere sozialdemokratische Parteien waren in Opposition und intern zerstritten – einzigartig stark: Bis 1999 stellte sie die Bundeskanzler, blieb die dominante Regierungspartei und verteidigte viele soziale Errungenschaften weitgehend gegen konservative Angriffe.
- (8) Ideologisch war die SPÖ stets eine Partei, die die politische Einheit der organisierten ArbeiterInnenschaft betonte. Programmatisch stand sie zu ihrer Tradition, hielt die gesellschaftsverändernde **Vision der „klassenlosen Gesellschaft“** aufrecht und bemühte sich darum, allen Strömungen der politischen Linken eine Heimat zu bieten. Im Übergang der Öffnung von der Klassenpartei zur Volkspartei blieb sie ihren Wurzeln treu und verabschiedete sich nicht, wie viele andere sozialdemokratische Parteien, von ihrer Tradition. Die längste Zeit der Zweiten Republik hatte sie deshalb nicht oder kaum mit Konkurrenz anderer Parteien der politischen Linken zu kämpfen. Die neuen sozialen Bewegungen und die Gründung der Grünen in den 1980er-Jahren änderten diese Lage, allerdings im europäischen Vergleich mit einiger Verzögerung.

1 Einleitung: Die österreichische Sozialdemokratie nach 1945

SPÖ-Vorsitzende	Regierungstätigkeit	Kanzler der SPÖ	
Karl Seitz (formal bis 12/1945)	Regierung Renner (4/1945 bis 12/1945)	Karl Renner (4/1945 bis 12/1945)	
Adolf Schärf (12/1945 bis 5/1957)	Juniorpartner in Regierung Figl I (12/1945 bis 11/1949)	---	
	Juniorpartner in Regierung Figl II (11/1949 bis 10/1952)		
	Juniorpartner in Regierung Figl III (10/1952 bis 4/1953)		
	Juniorpartner in Regierung Raab I (4/1953 bis 6/1956)		
	Juniorpartner in Regierung Raab II (6/1956 bis 7/1959)		
Bruno Pittermann (5/1957 bis 2/1967)	Juniorpartner in Regierung Raab III (7/1959 bis 11/1960)		
	Juniorpartner in Regierung Raab IV (11/1960 bis 4/1961)		
	Juniorpartner in Regierung Gorbach I (4/1961 bis 3/1963)		
	Juniorpartner in Regierung Gorbach II (3/1963 bis 4/1964)		
	Juniorpartner in Regierung Klaus I (4/1964 bis 4/1966)		
	Opposition zu Regierung Klaus II (4/1966 bis 4/1970)		
	Bruno Kreisky (2/1967 bis 5/1983)		Regierung Kreisky I (4/1970 bis 11/1971)
Regierung Kreisky II (11/1971 bis 10/1975)			
Regierung Kreisky III (10/1975 bis 6/1979)			
Regierung Kreisky IV (6/1979 bis 5/1983)			

SPÖ-Vorsitzende	Regierungstätigkeit	Kanzler der SPÖ
Fred Sinowatz (5/1983 bis 5/1988)	Regierung Sinowatz (5/1983 bis 6/1986)	Fred Sinowatz (5/1983 bis 6/1986)
	Regierung Vranitzky I (6/1986 bis 1/1987)	Franz Vranitzky (6/1986 bis 1/1997)
Franz Vranitzky (5/1988 bis 4/1997)	Regierung Vranitzky II (1/1987 bis 12/1990)	
	Regierung Vranitzky III (12/1990 bis 11/1994)	
	Regierung Vranitzky IV (11/1994 bis 3/1996)	
	Regierung Vranitzky V (3/1996 bis 1/1997)	
Viktor Klima (4/1997 bis 2/2000)	Regierung Klima (1/1997 bis 2/2000)	Viktor Klima (1/1997 bis 2/2000)
Alfred Gusenbauer (2/2000 bis 8/2008)	Regierung Schüssel I (2/2000 bis 2/2003)	---
	Regierung Schüssel II (2/2003 bis 1/2007)	
Werner Faymann (8/2008 bis 5/2016)	Regierung Gusenbauer (1/2007 bis 12/2008)	Alfred Gusenbauer (1/2007 bis 12/2008)
	Regierung Faymann I (12/2008 bis 12/2013)	Werner Faymann (12/2008 bis 5/2016)
	Regierung Faymann II (12/2013 bis 5/2016)	
Christian Kern (5/2016 bis 9/2018)	Regierung Kern (5/2016 bis 12/2017)	Christian Kern (5/2016 bis 12/2017)
	Pamela Rendi-Wagner (seit 11/2018)	Regierung Kurz I (12/2017 bis 5/2019)
Regierung Bierlein (seit 6/2019)		

1 Einleitung: Die österreichische Sozialdemokratie nach 1945

- (9) Ende der 1990er-Jahre kam es vielerorts in Europa zu einem Wiederaufstieg der Sozialdemokratie. Es handelte sich aber um eine gewandelte Sozialdemokratie, die sich mit einem neuen Kurs dem Neoliberalismus annäherte und die Macht der Märkte stärker zu akzeptieren bereit war. Die „neue Sozialdemokratie“, wie sie von Tony Blair im Vereinigten Königreich oder Gerhard Schröder in Deutschland vertreten wurde, praktizierte eine Politik, die auf Beschäftigung durch Wirtschaftswachstum setzte, aber eine soziale Schlagseite aufwies (Stichwort „Hartz IV“).

Die SPÖ liebäugelte anfangs mit dieser scheinbar erfolgversprechenden Strategie, wurde aber just zu dieser Zeit in die Opposition gedrängt. Als sie nach dem Ende der schwarz-blau-orangen Regierungen von 2000 bis 2006 wieder an die Regierung kam, verstand sie es rasch, dass die Position der Sozialdemokratie auf Seiten der sozialen Gerechtigkeit stehen müsse und konnte daher relativ schadlos bleiben. Auch hier ist die Lage der SPÖ gegenüber dem europäischen Durchschnitt zeitlich verschoben. Seit 2017 befindet sich die SPÖ in Opposition und wurde von der allgemeinen Krise der Sozialdemokratie in Europa eingeholt. Mit ihrer Mitgliederstärke und ihren vergleichsweise großen Ressourcen verfügt die SPÖ jedoch auch weiterhin über Mobilisierungskraft sowie das Potenzial auf Regierungsmacht.

Alle diese Punkte zeichnen die SPÖ als besondere Partei der sozialdemokratischen Parteienfamilie aus. Von ihrer konkreten Entwicklung und den konkreten Umständen handeln die folgenden Kapitel.

SKRIPTEN ÜBERSICHT

VOGB

SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	GK-5 Vom 1. bis zum 19. Bundeskongress
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte
		GK-8 Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

Wiedergründung der Partei

2

1945

Die beiden in Österreich herrschenden **Faschismen** – der Austrofaschismus von 1933/4 bis 1938 und der Nationalsozialismus von 1938 bis 1945 – waren Zäsuren in der österreichischen Geschichte. Sie stellen nicht nur eine einfache Unterbrechung zwischen der Ersten Republik (1918–1933/4) und der Zweiten Republik (seit 1945) dar, sondern bedeuteten unter anderem auch eine Zerstörung der Demokratie und der politischen Parteien. Die Sozialdemokratie war davon besonders betroffen. Nach ihrem **Verbot im Februar 1934** wurde die Parteiorganisation der SPÖ systematisch zerschlagen, die Parteiführung ins Exil getrieben oder ins Gefängnis geworfen und jedwede Form sozialdemokratischer Organisation kriminalisiert. Alle Teile der organisierten ArbeiterInnenbewegung (etwa Gewerkschaften, Genossenschaften, Konsum-, Freizeit- und Kulturvereine) wurden entweder beseitigt oder gleichgeschaltet und in den Ständestaat integriert. In der Illegalität organisierten sich viele Genossen und Genossinnen in Splittergruppen und leisteten Widerstand. Sie konnten nach einiger Zeit Ende 1934 zur Organisation der „**Revolutionären Sozialisten (RS)**“ zusammengeschlossen werden. Trotz Massenverhaftungen und Repressionen waren die RS die dominante Kraft der ArbeiterInnenbewegung während dieser Zeit. Mit der Machtübernahme durch die Nazis im März 1938 nahmen Verfolgung und Repression zu. Der ohnehin bereits durch den Austrofaschismus geschwächte sozialdemokratische Widerstand war auch gegen den Nationalsozialismus anteilmäßig der bedeutsamste Teil des Widerstands, wurde aber bis Juli 1942 größtenteils liquidiert. Viele sozialdemokratische WiderstandskämpferInnen kamen als politische Häftlinge oder als Juden bzw. Jüdinnen in Konzentrations- und Vernichtungslager und überlebten den Faschismus nicht.

Die Befreiung vom Nationalsozialismus, die von den alliierten Streitkräften erkämpft wurde, ermöglichte die Wiederherstellung einer sozialdemokratischen Partei. Ihren Ausgangspunkt nahm sie bei den sozialdemokratischen Netzwerken aus der Vorkriegszeit. Zur Verfügung standen vor allem jene, die die beiden Faschismen in der inneren Emigration überwintern konnten (darunter viele VertreterInnen des ehemaligen rechten Parteiflügels) oder im Untergrund unentdeckt blieben (AktivistInnen der „Revolutionären Sozialisten“). Noch während im April 1945 in den Straßen Wiens gekämpft wurde, wurde die SPÖ aus diesen beiden

Gruppen neu gegründet. Die Perspektiven beider Gruppen waren gerade zu Beginn sehr unterschiedlich. Die SPÖ nannte sich nun „**Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten)**“. Die Klammer verwies auf den Kompromiss der beiden Flügel. Anfangs waren die Gremien der neuen Partei zu gleichen Teilen aus beiden Flügeln besetzt, wobei es auch Persönlichkeiten gab, die für beide Flügel Bezugspunkte waren (wie etwa Theodor Körner, der noch im April 1945 zum Bürgermeister Wiens nominiert und von der sowjetischen Besatzungsmacht bestätigt wurde).

Gegenüber der Ersten Republik veränderte sich der Charakter der Partei erheblich. Die Wiener SPÖ blieb zwar mitgliedermäßig die stärkste Bundesländerorganisation, verhältnismäßig wuchsen die anderen SPÖ-Landesorganisationen jedoch stark an. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften bildeten gemeinsam mit konservativen GewerkschafterInnen eine überparteiliche Organisation, den ÖGB. Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften wurde nie mehr so eng wie vor 1934. Zudem war die geistige Elite der Partei entweder ermordet oder vertrieben worden. Viele der Überlebenden wollten aus dem Exil zurückkehren. Sowohl „Linke“ als auch „Rechte“ sahen in den Exilanten jedoch unliebsame Konkurrenten um Mandate und Positionen. Ihre Rückkehr wurde oftmals nicht aktiv unterstützt, in einigen Fällen sogar erschwert – nur wenige kamen heim.

Das gesellschaftliche und politische Umfeld, in dem sich die SPÖ wiedergründete, **unterschied sich von der Vorkriegssituation stark**. Die österreichische Bevölkerung hatte zwölf Jahre Diktatur hinter sich. Das heißt auch: Sie war von der faschistischen Propaganda, vor allem von der Nazi-Propaganda erheblich beeinflusst worden. Rund eine Million Menschen hatte vor 1945 der NSDAP entweder angehört oder sich zumindest um Aufnahme beworben – von einer Bevölkerung von 6 Millionen. Hunderttausende Männer befanden sich, teils über Jahre, in Kriegsgefangenschaft. Die Bombenschäden in österreichischen Städten waren erheblich, die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Gas prekär. Der Großteil der Bevölkerung war in erster Linie mit dem täglichen Überleben beschäftigt. Für sozialistische Visionen, für revolutionären Elan, blieb wenig Kraft übrig. Das alles hatte wichtige Folgen für die politische Orientierung der SPÖ.

Wiedergründung der Partei

2

1945

Relativ rasch setzte sich der rechte Parteiflügel gegenüber dem linken durch. Die SPÖ richtete sich ideologisch und praktisch neu aus. Man verabschiedete sich von der Perspektive einer Überwindung des kapitalistischen Systems. Die Partei grenzte sich außerdem scharf gegenüber der Kommunistischen Partei ab, die während der NS-Diktatur zu einer großen Bewegung angewachsen war und einen Platz im politischen System der Nachkriegszeit beanspruchte. Stattdessen konzentrierte sie sich stark auf die **Zusammenarbeit mit den ehemaligen Christlich-Sozialen**. Diese hatten sich 1945 in der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zusammengeschlossen. Während Otto Bauer, die zentrale Führungsfigur der SPÖ der Ersten Republik, Koalitionen mit den Christlich-Sozialen außer in Ausnahmesituationen noch ausschloss, wurde die Regierungsbeteiligung nun zu einem festen Bestandteil des politischen Selbstverständnisses. Grundsätzliche Systemopposition wechselte in Richtung der **staatstragenden Mitverantwortung**. In der Argumentation nach innen erinnerte man an die Regierungsbeteiligung der SPÖ nach dem Ersten Weltkrieg, als die weitreichende Sozialgesetzgebung von Ferdinand Hanusch erarbeitet wurde. Erfolge wie dieser sollten wiederholt werden.

Bestimmende Führungsfiguren der Sozialdemokratie auf Bundesebene waren **Karl Renner** und **Adolf Schärf**. So wie auch schon in der Ersten Republik wurde der nunmehr 74-jährige Renner Staatskanzler der ersten Provisorischen Regierung. Er nahm bereits Anfang April 1945 brieflich mit Stalin Kontakt auf und bot sich als politischer Führer an. Die Sowjets akzeptierten und Renner versuchte rasch, Fakten zu schaffen. Bis 27. April 1945 organisierte er ein Kabinett aller drei antifaschistischen Parteien (SPÖ, ÖVP und KPÖ), das von den Sowjets akzeptiert wurde. Es veröffentlichte eine **Unabhängigkeitserklärung** mit dem Ziel, ein freies und unabhängiges Österreich wieder erstehen lassen zu wollen. Die Erklärung war vor allem an die Alliierten gerichtet, sprach daher die Beteiligung von ÖsterreicherInnen am NS-Terror und Völkermord gar nicht erst an und bezeichnete Österreich als ein Opfer Hitlerdeutschlands.

Vorerst blieben die Sowjets mit ihrer Haltung aber alleine, weshalb die Regierungsmacht sich nur auf die sowjetisch kontrollierten Gebiete in Ostösterreich

Ausschnitte aus der österreichischen Unabhängigkeitserklärung

Unabhängigkeitserklärung Österreichs vom 27. April 1945 (lt. Staatsgesetzblatt vom 1. Mai 1945)

Art. I:

Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II:

Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluss ist null und nichtig.

Art. III:

Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.

Art. IV:

Vom Tage der Kundmachung dieser Unabhängigkeitserklärung sind alle von Österreichern dem Deutschen Reiche und seiner Führung geleisteten militärischen, dienstlichen oder persönlichen Gelöbnisse nichtig und unverbindlich.

Art. V:

Von diesem Tage an stehen alle Österreicher wieder im staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnis zur Republik Österreich.

In einer Präambel wurde eine Sicht der Dinge präsentiert, die das offizielle österreichische Geschichtsbild bis 1991 bestimmte: Der „Anschluss“ 1938 sei „durch militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden“. Das „macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs“ wurde durch „die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers [...] in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt [...], den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals voraussehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat“.

Wiedergründung der Partei

2

1945

bezog. Im September schließlich akzeptierten auch die drei westlichen Alliierten (USA, Vereinigtes Königreich und Frankreich) die Regierung, nachdem Renner die westlichen Bundesländer einbinden konnte. Die anfänglich antikapitalistische Grundstimmung im Lande und die frühe Unterstützung der Regierung durch die Sowjetunion gegen den Willen der westlichen Alliierten änderten nichts an der bereits früh einsetzenden Westorientierung Österreichs.



Karl Renner (1870–1950) wuchs in ärmlichen Verhältnissen in Südmähren auf. 1896 schloss er ein Jusstudium in Wien ab. Als Staatskanzler der ersten Regierungen sowohl in der Ersten als auch in der Zweiten Republik war er eine prägende Person der Geschichte der SPÖ. In der Ersten Republik war er ein Antipode von Otto Bauer. Umstritten ist seine Rolle im Jahr 1938 als er sich öffentlich positiv für den „Anschluss“ aussprach.

Die Regierung hatte mit der sozialen Lage im Land alle Hände voll zu tun und musste auch die Ankurbelung der wirtschaftlichen Lage in den Griff bekommen. Nahrungsmittelengpässe, Mangel an Treibstoffen und Rohstoffen sowie Geldentwertung bestimmten die Regierungsarbeit in den Monaten nach Kriegsende. Eine von Kreisky aus dem Exil organisierte Lebensmittelhilfe aus Schweden verhinderte einen Kollaps der Lage zu Jahreswechsel. Der Wiederaufbau wurde zu

einem gemeinsamen und verbindenden Projekt der drei Regierungsparteien. Im **November 1945** fanden erstmals **Nationalratswahlen** statt. Insgesamt gab es nur etwa 3,5 Millionen Wahlberechtigte, denn ehemalige Nazis waren vom Wahlrecht ausgeschlossen und Kriegsgefangene noch nicht heimgekehrt.

Die **SPÖ** konnte bei der Wahl nur den zweiten Platz erringen (**44,6 %**) und überlies das Kanzleramt daraufhin der ÖVP (Leopold Figl). Dafür wurde Renner von der Bundesversammlung im Dezember als erster Bundespräsident gewählt. Adolf Schärf, zuvor Minister der Provisorischen Regierung, wurde zum neuen SPÖ-Parteivorsitzenden und Vizekanzler. Die neue Regierung war, so wie schon die Provisorische Regierung, eine **Konzentrationsregierung aller Parteien**, auch wenn die KPÖ mit nur etwa 5 % deutlich unter den Erwartungen blieb. Nach der Wahl setzte in Österreich rasch der Kalte Krieg ein und wurden die Grundsteine für die Zeit des Wiederaufbaus gelegt: die sozialpartnerschaftliche Einigkeit über die Entwicklung des Landes, die Große Koalition, aber auch der Umgang mit der NS-Vergangenheit ausgehend vom sogenannten „Opfermythos“.

Die Zeit der Großen

3 Koalitionen 1945–1966

Zwischen 1945 und 1966 regierte die Große Koalition Österreich (bis 1947 mit der Kommunistischen Partei). ÖVP und SPÖ lagen stimmenmäßig zumeist recht nahe, jedoch gewann die ÖVP immer einige Mandate mehr im Nationalrat als die SPÖ und stellte daher auch durchgängig den Kanzler. Für die **Große Koalition** war der **Wiederaufbau ein gemeinsames Ziel** und bedeutete Zugeständnisse von beiden Seiten. Aus diesem Grund war ein Gang in die Opposition für die SPÖ keine attraktive Option. In der Regierung war der SPÖ als einziges wirtschaftlich relevantes Ministerium das Verkehrsministerium zugefallen. Schärf verteidigte die Regierungsbeteiligung dennoch: „Ich halte es für keine kleine Sache, wenn ein Sozialist der Leiter der größten Verkehrsunternehmung des Landes ist.“

Der Wiederaufbau gelang der Großen Koalition in erstaunlich kurzer Zeit. In der besonderen Situation nach dem Krieg kam es im **Juli 1946** zum ersten Beschluss über **Verstaatlichungen**. Wesentliche Teile der Wirtschaft – von den drei größten Banken über die Grundstoffindustrie und die Elektroindustrie bis hin zum Verkehrswesen – wurden damit unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Zustimmung der ÖVP war weniger der Dominanz sozialistischer Visionen geschuldet als vielmehr dem schlichten Fehlen von investitionskräftigem Privatkapital in Österreich. Zudem konnte mit der Verstaatlichung ein Anspruch formuliert werden, die Industrieanlagen in österreichischer Hand zu behalten. Die Alliierten einigten sich nämlich im Sommer 1945 darauf, Österreich Reparationszahlungen für den Krieg zu ersparen, teilten sich aber dafür die unter dem NS-Faschismus errichteten Anlagen und Besitzungen (**„Deutsches Eigentum“**) auf. Das Fehlen von Privatkapital war auch ein wichtiger Grund dafür, dass es gegen die umfangreichen Verstaatlichungen von Seiten der USA keine Einwände gab. Vielmehr wurde diese Politik von den USA sogar begünstigt. Die Hilfgelder und Kredite aus dem von den USA aufgebrachten **Marshallplan** wurden sogar größtenteils für die Kapitalisierung der verstaatlichten Industrie eingesetzt. Österreich erlangte den zweitgrößten öffentlichen Sektor aller europäischen Länder des Westens.

Das österreichische **Lohnniveau** war im europäischen Vergleich sehr **niedrig** und die **Arbeitslosigkeit hoch**. Um die sozialen Kosten abzufedern, wurde eine Lohn-Preis-Kommission von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gebildet.

Darüber hinaus einigten sich die Koalitionspartner auf mehrere **Sozialgesetze**, die vor allem Jugendlichen helfen sollten. Bis Mitte der 1950er-Jahre kam es in der Großen Koalition zudem nicht nur zu Beschlüssen über großzügige Investitionen in die Wirtschaft, sondern es wurde auch der österreichische Sozialstaat stark ausgebaut – teils gegen heftige Widerstände der Unternehmerschaft. Schrittweise wurden alle Beschäftigten und Selbstständigen samt ihrer Familien kranken-, unfall- und pensionsversichert. Die Leistungen dieser Versicherungen wurden stark verbessert (Wohngeld, Gesundenuntersuchung, Reha), die Anrechnung von Ersatzzeiten erleichtert. Die Arbeitszeit wurde reduziert (ursprünglich 48 Stunden, 1959 dann 45 Stunden), der Urlaubsanspruch wurde ausgebaut.

Die Kooperation zwischen den beiden Bürgerkriegsparteien des Jahres 1934 beruhte auf mehreren Vereinbarungen. Die beiden wichtigsten Neuerungen waren die **Sozialpartnerschaft** und der **Proporz**. Österreich – und vor allem seine verstaatlichte Industrie – wurde in eine „schwarze“ und eine „rote“ Sphäre aufgeteilt.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPARTNERSCHAFT

Ein Erfolgsmodell der Nachkriegszeit



Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis → hohes wechselseitiges Vertrauen notwendig.

Durch koordiniertes Vorgehen der großen gesellschaftlichen Gruppen werden die Ziele der Politik besser erreicht als durch die Austragung von Konflikten.

Instrument der Mitbestimmung und Problemlösung

Kernstück: Einkommenspolitik

Bedroht durch Rechtspopulismus & Neoliberalismus → Der „innere“ Zusammenhalt hängt von der Fähigkeit und Bereitschaft ab, Kompromisse nach innen und außen „durchzutragen“.

Die Zeit der Großen

3 Koalitionen 1945–1966

Beide Parteien akzeptierten das Einflussgebiet der jeweils anderen (Proporz). Um soziale Gegensätze nicht eskalieren zu lassen, bildeten ArbeitnehmerInnen (Arbeiterkammer, Landarbeiterkammer und ÖGB), ArbeitgeberInnen (Wirtschaftskammer) und Bauern (Landwirtschaftskammer) die Sozialpartnerschaft. Gemeinsam wurden (und werden) Gesetze vorberaten und nach Lösungen gesucht, etwa in Bereichen der Höhe von Löhnen und Preisen. Bruno Kreisky beschrieb diese Vorgehensweise einmal zutreffend als „**Klassenkampf am grünen Tisch**“. Nicht weniger wichtig waren aber auch ideologische und kulturelle Kompromisse. Die ÖVP verabschiedete sich von ihrem autoritären Erbe und bekannte sich glaubwürdig zur Demokratie. Der Kulturkampf zwischen Sozialdemokratie und Katholischer Kirche wurde still beigelegt. Die Kirche zog sich aus der Politik weitgehend zurück, die SPÖ akzeptierte dafür den Staatsvertrag aus der Zeit des Austrofaschismus mit dem Vatikan, der der Kirche bis heute erhebliche Privilegien sichert. Außerdem stellte die SPÖ die antiklerikale Agitation ein.

Von besonderer Bedeutung in der Nachkriegszeit war die **Entnazifizierung**. Gesetzlich wurde sie mittels des **NS-Verbotsgesetzes** und des **Kriegsverbrechergesetzes** umgesetzt. Die Regierung setzte **Volksgerichte** ein. Bis zum Abzug der Alliierten wurden 136.829 Erhebungen durchgeführt, die in 13.607 Fällen zu Verurteilungen führten. Diese betrafen Entlassungen aus dem Staatsdienst, Freiheitsstreifen und sogar Todesurteile (43 Todesurteile, von denen 30 vollstreckt wurden). Der Elan der Entnazifizierung, der auch der alliierten Kontrolle zuzuschreiben war, dauerte nicht lange an. Sogenannte „Minderbelastete“ wurden 1948 amnestiert. 1949 bereits erlangten ehemalige Nazis wieder das Wahlrecht. Nun begann ein **Buhlen um die Stimmen der „Ehemaligen“**. Obwohl auch die SPÖ Stimmen an diese dritte Partei verlor, dürfte sie tatsächlich die ÖVP deutlich schwerer getroffen haben. Die meisten Stimmen aus dieser Gruppe wanderten zu einer neu zugelassenen Sammelbewegung, dem „Verband der Unabhängigen (VdU)“. In den Überlegungen etwa von SPÖ-Innenminister Oskar Helmer sollte der Verband auch das bürgerliche Lager spalten. Als gesellschaftliche Folge der raschen Abkehr vom Gedanken der Entnazifizierung konnten sich stark autoritäre, oftmals rassistische Vorstellungen in Teilen der Bevölkerung halten.

Die Rolle der KPÖ änderte sich in den ersten Jahren der neuen Republik. 1947 wurde sie – wie etwa in Italien oder Frankreich – aus der Regierung gedrängt. Dies war auch dem Drängen der westlichen Alliierten und der **Westorientierung Österreichs** geschuldet. Die SPÖ grenzte sich von der KPÖ immer stärker ab und legte einen Antikommunismus an den Tag. Bei der Wahl 1949 konnte die KPÖ einige Stimmen dazugewinnen – ein Mandat wanderte sogar an Erwin Scharf, der zuvor SPÖ-Generalsekretär war und in Auseinandersetzungen zwischen linkem und rechtem Flügel die Partei verließ und sich der KPÖ anschloss. 1950 wurde die KPÖ allgemein als Aufwieglerin der Oktoberstreiks gesehen. Sie gingen von Betrieben in der sowjetischen Besatzungszone aus und hatten allgemeine Unzufriedenheiten mit einem Lohn- und Preisabkommen zur Ursache. Die Streiks, die vom ÖGB als Bestandteil des sozialpartnerschaftlichen Kompromisses nicht unterstützt wurden, wurden damals als kommunistischer Putschversuch gesehen. Der ÖGB hat diese Sichtweise 2015 revidiert. Die KPÖ blieb bis 1959 im Nationalrat vertreten, verlor aber ab dann zunehmend an Bedeutung.

Die Nationalratswahlen 1949, 1953 und 1956 hatten alle einen ähnlichen Ausgang. Nur 1953 erreichte die SPÖ mehr Stimmen als die ÖVP, aber weniger Mandate. 1953 übergab auch Figl das Amt des Bundeskanzlers an Julius Raab (ebenfalls ÖVP). Der VdU, der 1956 zur FPÖ wurde, erhielt 1949 16 Mandate, 1953 14 Mandate und schwächelte 1956 infolge von inneren Streitigkeiten. **Insgesamt war die politische Lage von großer Stabilität gekennzeichnet.** 1951 wurde in der ersten Volkswahl des Staatsoberhauptes Theodor Körner (SPÖ) zum Nachfolger von Renner als Bundespräsident gewählt.

Das entscheidende Ereignis in den 1950er-Jahren war sicherlich der **Staatsvertrag** vom 15. Mai 1955 zwischen den alliierten Mächten und der österreichischen Regierung. Mit der Unterzeichnung wurde die Unabhängigkeit Österreichs wiederhergestellt und der Abzug der Alliierten in Gang gesetzt. Österreich verpflichtete sich dafür zu einer (freiwilligen) immerwährenden **Neutralität**, die am 26. Oktober 1955 beschlossen wurde. Dem Staatsvertrag gingen Verhandlungen in Moskau voraus, bei denen die Grundlagen festgelegt wurden. Dabei wurde unter anderem erreicht, dass die Kriegsschuld Österreichs aus dem Staatsvertrag

Die Zeit der Großen

3 Koalitionen 1945–1966

gestrichen wurde. Der Legende nach ist dieser Erfolg der Trinkfestigkeit von Raab und Figl zu verdanken. Mit dem Staatsvertrag wurden auch die unter sowjetischer Kontrolle stehenden Betriebe der Republik überlassen und in staatliche Kontrolle überführt. Zuvor waren sie von den Verstaatlichungsgesetzen nicht betroffen. Als Gegenleistung mussten zwar **Geldzahlungen und Rohstofflieferungen an die Sowjetunion** getätigt werden, wodurch aber sowjetische Besitzrechte beseitigt wurden. Der Staatsvertrag wurde symbolisch zu einem bedeutenden Meilenstein der österreichischen Identität. Zugleich zementierte er den Opfermythos weiter ein. Einige Teile des Staatsvertrags, insbesondere der Schutz der slowenisch- und kroatischsprachigen Minderheiten, wurden nur sehr schleppend umgesetzt.

1957 starb Körner während seiner Amtstätigkeit als Bundespräsident. Mit der erfolgreichen Wahl von Adolf Schärf zu seinem Nachfolger trat dieser als SPÖ-Vorsitzender zurück. Nunmehr führte Bruno Pittermann die SPÖ und wurde Vizekanzler in der Großen Koalition. Unter ihm **gab sich die SPÖ 1958 ein neues Parteiprogramm**. Das alte stammte von 1926 und trug die Handschrift Otto Bauers und des Austromarxismus. Das neue sollte programmatisch daran anschließen, aber auch der neuen Situation Österreichs Rechnung tragen. Im Unterschied zu vielen anderen Programmen der Sozialdemokratie in Europa, die sich im Kalten Krieg uneingeschränkt zur freien Marktwirtschaft bekannten, betonte die SPÖ die Kontinuitäten des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaftsordnung und blieb für alle Parteiteile anschlussfähig. Die Sozialdemokratie befand sich in einer Hochphase: Die Mitgliederzahlen schnellten über 700.000 und bei den Wahlen 1959 wurde die SPÖ stimmenstärkste Partei (44,8 %, plus 1,8 %) – aber die ÖVP bekam aufgrund der Wahlordnung wieder ein Mandat mehr, weshalb die ÖVP weiterhin die Regierung anführte.



Adolf Schärf (1890–1965) war Parteivorsitzender der SPÖ von 1945 bis 1957. 1957 wurde er zum dritten Bundespräsident der Zweiten Republik gewählt (Wiederwahl 1963). In Fragen des Umgangs mit der NS-Vergangenheit oder der Heimkehr geflohener ParteifunktionärInnen galt er als reserviert. Als Staatsmann war er ein zentraler Architekt der Großen Koalition in der Nachkriegszeit.



Bruno Pittermann (1905–1983) war Parteivorsitzender der SPÖ von 1957 bis 1967. Als Parlamentarier war er ein schlagfertiger und geistreicher Redner. In seine Zeit fallen das Parteiprogramm 1958 sowie der Machtkampf mit Franz Olah. Nach der Wahlniederlage 1966 wurde Pittermann 1967 von Bruno Kreisky abgelöst.

Die Zeit der Großen

3 Koalitionen 1945–1966

Auszüge aus dem Parteiprogramm von 1958

Vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs, von Wiederaufbau und Wirtschaftsaufschwung und des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates öffnete sich die Sozialdemokratie von einer Klassenpartei zu einer Partei der arbeitenden Bevölkerung. Sie blieb ihren Grundsätzen und Zielen dabei treu.

„Daher kämpfen die Sozialisten gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung durch politische Gewaltherrschaft und privatwirtschaftliche oder staatskapitalistische Macht. Sie wollen die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt.“

„Die Sozialisten bekennen sich uneingeschränkt zur Demokratie. Sie waren immer Verteidiger, niemals Beseitiger der Demokratie. [...] Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus. Sie lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit.“

„Mehr als ein Jahrhundert ist vergangen, seitdem Karl Marx feststellte, daß die Proletarier nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. [...] Die Arbeiter haben heute mehr zu verlieren als ihre Ketten; sie haben noch immer eine Welt zu gewinnen. [...] Die Sozialisten wollen ihr Ziel durch die politische Zusammenfassung aller Arbeitenden erreichen. Gestützt auf die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, entwickelte sich ihre Partei auf diesem Wege aus einer Partei der Lohnarbeiter, die weiterhin das Fundament jeder sozialistischen Partei bleiben, zu einer Partei aller Arbeitenden.“

„In dieser gespaltenen Welt steht der demokratische Sozialismus zwischen Kapitalismus und Diktatur. Er muß seine Ziele im Kampf gegen beide erreichen: denn er kann sich weder mit dem Kommunismus noch mit dem Kapitalismus versöhnen. Frieden, Freiheit und volle Menschlichkeit sind untrennbar und unteilbar. [...] Das wird die Welt des Sozialismus sein, in der die freie Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.“

Die ökonomische und politische Lage blieb unter der funktionierenden Sozialpartnerschaft unter den ÖVP-Bundeskanzlern Raab (bis 1961), Alfons Gorbach (1961–1964) und Josef Klaus (1964–66 in der Großen Koalition) stabil. **Die Republik wurde im Wesentlichen von drei politischen Ereignissen geprägt:**

Erstens kam es zu einer Reihe von **Affären im Zusammenhang mit Franz Olah**. Olah war ein populärer und machtbewusster Gewerkschafter, der mit allen Mitteln den Vorsitz der SPÖ erringen und Bundeskanzler werden wollte. Als ÖGB-Präsident von 1959 bis 1963 setzte er verdeckt und illegal finanzielle Mittel des ÖGB ein, um die „Kronen Zeitung“ auf seinen Kurs zu bewegen und übermittelte auch Gelder an die FPÖ, um unter einer Koalition mit dieser an die Macht zu gelangen. Kurzzeitig war Olah auch Innenminister und setzte den Staatsapparat ein, um seine Gegner (darunter SPÖ-Justizminister Christian Broda und den späteren ÖGB-Präsidenten Anton Benya) zu bespitzeln. Olah wurde schließlich aus der SPÖ ausgeschlossen, wogegen er eine Demonstration organisierte und anschließend eine neue Partei gründete. 1969 wurde Olah zu einem Jahr Kerker verurteilt.

Zweitens kam es in der Koalition ab 1961 zur **Habsburg-Krise**. Sie entzündete sich entlang der Frage, ob Teile des 1919 entzogenen Habsburg-Vermögens wie Ländereien zurückgestellt werden sollten und ob Otto Habsburgs Verzichtserklärung für eine Einreise nach Österreich eine ausreichende Bedingung darstelle. Der ablehnenden Position der SPÖ schloss sich die FPÖ an, während die ÖVP dagegen hielt. Die Krise wurde 1966 gelöst als unter der ÖVP-Alleinregierung Otto Habsburg nach Österreich einreisen durfte.

Drittens kam es 1965 zur **Affäre um** einen Professor an der heutigen Wirtschaftsuniversität, **Taras Borodajkewycz**. Gegen dessen antisemitische und neonazistische Äußerungen – die durch Ferdinand Lacina und Heinz Fischer bekannt wurden – setzten Studierendenproteste ein, denen sich viele anschlossen. Bei einem Zusammenstoß mit rechtsgerichteten Studierenden, die vom FPÖ-„Ring freierlicher Studenten“ mobilisiert wurden, wurde der ehemalige Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger von einem Neonazi niedergeschlagen und verstarb wenig später an seinen Verletzungen. Kirchweger wurde das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Borodajkewycz wurde 1966 zwangspensioniert.

Die Zeit der Großen

3 Koalitionen 1945–1966

Die zweite Nationalratswahl in der Zeit von Pittermanns Parteivorsitz 1962 brachte der ÖVP nicht nur eine Mandats-, sondern auch eine Stimmenmehrheit. Dafür konnte die SPÖ bei der Präsidentschaftswahl 1965 ihren Kandidaten erfolgreich durchbringen: Franz Jonas, zuvor Wiener Bürgermeister, wurde der Nachfolger von Schärff, der im Amt gestorben war. 1964 und 1965 starben mit Schärff (SPÖ), Raab und Figl (beide ÖVP) die wichtigsten noch lebenden Akteure der Nachkriegszeit.

Konflikte in der Großen Koalition zeigten auf, dass sich die Zeit der Kompromisse langsam zu erschöpfen begann. Die Wahl 1966 sollte das Ende der Großen Koalition bedeuten und brachte damit eine große Änderung im politischen System Österreichs.

SKRIPTEN ÜBERSICHT

VOGB

SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	GK-5 Vom 1. bis zum 19. Bundeskongress
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte
		GK-8 Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

4 Opposition 1966–1970

1966 wurde die seit 1945 bestehende Große Koalition beendet. Mit 48,35 % (plus 2,92 %) konnte die ÖVP eine absolute Mandatsmehrheit erreichen und war nicht mehr auf einen Koalitionspartner angewiesen. Der SPÖ wurde zwar eine Partnerschaft angeboten, jedoch scheiterte diese an inhaltlichen Fragen. Zudem hätte der Regierungseintritt der SPÖ an der parlamentarischen Mehrheit der ÖVP nichts verändert, da diese ihre Vorhaben auch im Alleingang durchzusetzen bereit gewesen wäre. Das schlechte Abschneiden der SPÖ (42,56 %, minus 1,44 %) hatte nicht zuletzt mit den Turbulenzen um Franz Olah zu tun, der eine neue Partei gründete. Olahs Partei (die „Demokratische Fortschrittliche Partei DFP“) konnte zwar mit 3,28 % nicht in den Nationalrat einziehen, zog aber viele Stimmen aus der SPÖ ab. Die ÖVP profitierte auch von Verschiebungen im bürgerlichen Lager zu Lasten der FPÖ und mobilisierte gegen die SPÖ mit antikommunistischer Agitation. Grund dafür war, dass Teile der KPÖ dort, wo sie selbst nicht mehr kandidierte, zur Wahl der SPÖ aufriefen. Gleichzeitig trat der **Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Josef Klaus** mit einem nüchternen und integrativen Programm auf.

Die Alleinregierung der ÖVP wird aus heutiger Sicht durchaus als eine **Reformregierung** gesehen, die eine nachholende Modernisierung Österreichs vorbereitet hat, wie sie später unter Kreisky vollzogen wurde. Viele angegangene Reformvorhaben sprechen für diese Sichtweise, darunter die Einrichtung einer effizienten Forschungsförderung, der Einzug betriebswirtschaftlicher Überlegungen im Bereich der Verstaatlichten Industrie, die Senkung des Wahlalters von 21 auf 19 Jahre oder die endgültige Beseitigung der Todesstrafe (ein formaler Nachvollzug der Praxis seit 1950). Symbolisch und auch politisch der bedeutendste Schritt der Regierung war die Ernennung der christlichen Gewerkschafterin **Grete Rehor** zur **Sozialministerin**. Sie war nicht nur die erste Ministerin in der Geschichte des Landes, sondern auch eine **wichtige Wegbereiterin der aktiven Arbeitsmarktpolitik**, einiger weiterer Maßnahmen im Bereich des Arbeitsrechts, der **Pensionsgesetzgebung** und verantwortlich für das Hausbesorgergesetz sowie die Einführung des 8. Dezember als neuer Feiertag. Maßnahmen wie diese sind vor allem auf Rehors gewerkschaftliche Orientierung zurückzuführen.

Nicht wenige Entscheidungen der Regierung zeigten jedoch auch die Differenzen zu sozialdemokratischer Politik deutlich auf. So beruhte etwa die Steuerpolitik auf Massensteuern mit negativer Verteilungswirkung und wurde vielfach zu Recht als eine Belastung gesehen. Die Rechtsreform war von konservativen Rechtsvorstellungen geprägt, die nicht mehr zum Zeitgeist passten. Die Reformen der Alleinregierung hatten viele bremsende Elemente. Die schlechte Stimmung wurde zunehmend von innerparteilichen Spannungen und später dann auch von einem Bauskandal begleitet. Klaus versuchte, sich mit einer Regierungsumbildung zu retten, konnte aber Niederlagen bei Landtagswahlen nicht verhindern.

In der SPÖ führte der notwendige **Gang in die Opposition** zu einer programmatischen und personellen Erneuerung. Als Nachfolger von Bruno Pittermann wurde **Bruno Kreisky** im Februar **1967** zum **Vorsitzenden der SPÖ** gewählt. Kreisky war kein unbeschriebenes Blatt, sondern konnte auf eine lange politische Laufbahn verweisen: Schon in der Zeit des Austrofaschismus war er als Jungsozialist Teil des Widerstands. Er wurde verhaftet, vor Gericht gestellt und eingesperrt. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an Deutschland 1938 war Kreisky, der aus einer säkularen jüdischen Familie stammte, nach Schweden geflohen. Die Exilerfahrung prägte ihn und sein Denken nachhaltig. Kreisky übernahm eine Idee der schwedischen Sozialdemokratie, nämlich die Positionierung der SPÖ als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Umverteilung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung. Als Kreisky 1951 nach Österreich zurückkehrte, wurde er zuerst Berater für Bundespräsident Theodor Körner, war ab 1953 als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten in die Staatsvertragsverhandlungen maßgeblich eingebunden und von 1959 bis 1966 als Außenminister der Großen Koalition tätig. **Kreisky konzentrierte sich** programmatisch **auf eine Modernisierung**, die im Unterschied zu den Vorstellungen der ÖVP **auf eine Humanisierung der Arbeitswelt, einen umfassenden Wohlfahrtsstaat** sowie auf eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft setzte. Im Gegensatz zu den sozialkonservativen Ansichten der ÖVP setzte Kreisky auch auf eine gesellschaftspolitische Liberalisierung: Gleichberechtigung der Geschlechter, Abbau der konservativen Konventionen (etwa der konfessionell geprägten Sexualmoral) sowie auch auf eine weltoffene Kulturpolitik.

4 Opposition 1966–1970

Kreisky war damit ein Motor für wichtige gesellschafts- und demokratiepolitische Forderungen. Als Demokratie-Partei wurde die SPÖ auch für ein liberales Publikum wählbar, das der SPÖ zwar nur einige wenige Prozentpunkte, damit jedoch die entscheidende Mehrheit brachte. Die **Öffnung der Partei** umfasste sogar die Kirche, mit der Kreisky die SPÖ aussöhnte (was jedoch auch mit dem damaligen, weltoffenen Kardinal König verbunden war). Die Formulierung des „Ein Stück des Weges gemeinsam gehen“ wurde zur Parole des Reformangebots an Liberale und an aufgeklärte Konservative.

Die Ereignisse von 1968 – auch wenn sie in Österreich nur für die berühmte „heiße Viertelstunde“ gereicht haben – haben letztlich einen Kurs begünstigt, der auf den Abbau von sozialen Hierarchien setzte und neue – nicht nur individuelle, sondern auch soziale – Freiheiten ermöglichte. Kreiskys Politik bemühte sich darum, diese Ansichten der Gestaltung Österreichs zu einem sozialeren, gerechteren und demokratischeren Land nicht nur abstrakt zu bewerben, sondern auch in konkrete Politiken umzusetzen. In Zusammenarbeit mit Intellektuellen und ExpertInnen (die Rede war von 1.400 eingebundenen Personen) wurden viele Debatten initiiert und die Vorstellungen der Partei zu Bereichen wie Wohnen, Arbeitswelt, Gesundheit, Kultur, Bildung, Justiz oder Verkehrspolitik auch in Broschüren unters Volk gebracht. Innerhalb kürzester Zeit wurde das Profil der SPÖ geschärft, auf die neuen Gegebenheiten ausgerichtet, die Partei geöffnet und mit fachlich qualifizierten Personen glaubwürdig eine soziale Modernisierung im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nach außen vertreten. Kreisky war dabei ein unermüdliches Kommunikationstalent und ein Kämpfer, der im ganzen Land Gespräche führte, Fabriken, Schulen, Krankenhäuser und Einrichtungen besuchte und keine Berührungssängste zeigte.

1969 wehrte sich Kreisky gegen den von ÖVP-Seite geäußerten Kommunismuskvorwurf mit der sogenannten **„Eisenstädter Erklärung“**. Darin positionierte sich die SPÖ als kompromisslose Gegnerin des Kommunismus. Bei der Erklärung ging es weniger um das Verhältnis zur ohnehin bedeutungslos gewordenen KPÖ als vielmehr um eine Untermauerung des Demokratieverständnisses der SPÖ nach den Ereignissen von 1968 in Prag, wo die Reformbemühungen des „Prager Früh-

ling" auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ von den Staaten des Warschauer Paktes gewaltsam niedergeschlagen wurden. Unter Kreisky initiierte die SPÖ 1969 auch ein Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Arbeitszeitverkürzung sollte zu einem wichtigen Pfeiler der Programmatik werden. Als es März 1970 zur nächsten Nationalratswahl kam, machte sich die Erneuerung der Partei mehr als bezahlt.



Bruno Kreisky (1911–1990) wurde 1967 zum Parteivorsitzenden der SPÖ gewählt. Bei den Wahlen 1971, 1975 und 1979 gewann die SPÖ unter seiner Führung drei Mal in Folge die absolute Mehrheit und prägte in Österreich ein goldenes Zeitalter der Vollbeschäftigung und des allgemeinen Wohlstands, der Sozialreformen und des kulturellen Wandels. Durch sein außenpolitisches Engagement stärkte Kreisky zudem die internationale Rolle Österreichs.

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

Bei den **Nationalratswahlen 1970** konnte die SPÖ einen starken Zugewinn verbuchen. Mit **48,42 %** (plus 5,86 %) wurde die SPÖ erstmals stimmenstärkste Partei. Der Gewinn war durchaus überraschend, denn Kreisky hatte damit gerechnet, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Österreich frühestens bei der nächsten Wahl 1974 verschieben lassen würden. Die ÖVP hatte weiterhin mit einer schlechten Stimmung zu kämpfen und plakatierte Josef Klaus mit dem Slogan „Ein echter Österreicher“, womit in antisemitischer Weise auf Kreiskys jüdische Herkunft angespielt wurde. Kreisky dagegen konnte sich medial weitaus besser positionieren. Insbesondere im ersten Fernsehduell eines österreichischen Wahlkampfes wirkte Kreisky als lockerer Diskutant während Klaus sehr angespannt und verloren auftrat.

Mit ihrem **Reformprogramm** war die SPÖ 1970 bestens auf eine Regierungsarbeit vorbereitet. Nur ein Koalitionspartner musste gefunden werden, da die SPÖ nicht über eine absolute Mandatsmehrheit verfügte. Da die Große Koalition bereits 1966 zu einem Ende kam, waren Verhandlungen mit der ÖVP deutlich zäher als gedacht. In der ÖVP vermutete man beim Wahlsieg der SPÖ ein kurzes Intermezzo, das rasch beseitigt werden könnte, weswegen kaum Kooperationsbereitschaft vorherrschte. Kreisky sondierte daraufhin die **Option einer Minderheitsregierung**, die von der FPÖ still unterstützt werden sollte. Im Ausgleich für eine Zusage auf eine Wahlrechtsreform, die Kleinparteien eine angemessenere Repräsentation im Parlament ermöglichte, stimmte die FPÖ unter Friedrich Peter zu, die Regierung zu dulden. Die Lage der FPÖ war damals durchaus prekär geworden, worauf sie mit einem Kurs der Liberalisierung nach außen reagierte, der paradoxerweise von einem Mann durchgesetzt wurde, der – wie sich später herausstellte – früher ein SS-Obersturmbannführer gewesen war. Kreisky selbst rechnete mit einer kurzen Dauer der Minderheitsregierung und bemühte sich, rasch Reformen in Gang zu bringen.

Das erste Kabinett Kreisky I versammelte bereits Minister und die erste sozialdemokratische Ministerin, die Kreisky während seiner gesamten Regierungszeit begleiteten: **Hertha Firnberg**, eine studierte Sozialforscherin mit intellektuellem Hintergrund und Vorsitzende der SPÖ-Frauen, wurde Ministerin für Wissenschaft

und Forschung, das ein neues Ressort darstellte. Der Rechtsanwalt **Christian Broda** wurde Justizminister, der Wirtschaftsprüfer **Hannes Androsch** wurde Finanzminister (1970–1981) und der Rechts- und Staatswissenschaftler und Gewerkschafter **Josef Staribacher** wurde zum Handels- und Industrieminister ernannt. Viele Reformen der Regierungen Kreisky I–IV sind ihrer fachlichen Expertise und ihrem politischen Weitblick zu verdanken. Die Personalpolitik Kreiskys hatte auch ihre Probleme: Vier der fünfzehn MinisterInnen hatten einen NS-Hintergrund, der mitunter gleich zu Beginn der Regierungszeit zur Belastung wurde. So war, wie sich herausstellte, der Landwirtschaftsminister Johann Öllinger aus Kärnten früher Mitglied der SS gewesen und an Kriegsverbrechen beteiligt. Er musste bereits nach einem Monat zurücktreten.

Das Programm der neuen Minderheitsregierung war in der Stoßrichtung eines der pragmatischen Modernisierung. Es umfasste dabei jedoch bereits viele Maßnahmen, die rasch zur hohen Popularität der Regierung beitrugen. Hierzu gehörten eine kleine **Reform des Straf- und Zivilrechts** (etwa zur Verbesserung der rechtlichen Stellung unehelicher Kinder) ebenso wie sozial- und bildungspolitische Reformen. Von besonderer Bedeutung war die **Freifahrt für SchülerInnen auf öffentlichen Verkehrsmitteln**. Ebenso konnte eine **Reform der Lohn- und Einkommenssteuer** die progressive Besteuerung für viele ArbeiterInnen und Angestellte abmildern und brachte mehr Einkommen. Für männliche Jugendliche war die **Bundesheerreform** eine Erleichterung und verkürzte den Präsenzdienst von neun auf sechs Monate (ausgenommen spätere Waffenübungen im Ausmaß von zwei Monaten). Kreisky legte seine Politik in der Minderheitsregierung bewusst nicht als sozialistisch an, da er für weitergehende Maßnahmen erst ein Mandat einholen wollte. Zugleich zeigte sein Reformeifer die Richtung auf, in die eine sozialistische Alleinregierung gehen wollte.

Bei der (aufgrund der prekären Mehrheit im Parlament notwendig vorgezogenen) **Nationalratswahl im Oktober 1971** konnte die SPÖ bei steigender Wahlbeteiligung einen Zuwachs erreichen (50,04 %, plus 1,62 %). Die SPÖ verfügte damit nun über die **absolute Mehrheit** in Stimmen und in Mandaten und konnte wenige Tage nach der Wahl die erste sozialistische Alleinregierung formieren. Die

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

Kampagne setzte auf den Spruch „Lasst Kreisky und sein Team arbeiten“. Die Arbeit konnte beginnen.

Wirtschaftspolitisch profitierte die Regierung Kreisky vom langen Aufschwung, der ab 1968 einsetzte und sich bald in Vollbeschäftigung und steigenden Einkommen aufgrund von Arbeitskräftemangel bemerkbar machte. Die ökonomische Prosperität wurde aber auch durch eine **besonnene Wirtschaftspolitik** begleitet und gesteuert, die als **Austrokeynesianismus** bezeichnet wurde. Sie kombinierte das keynesianische Instrument staatlicher Investitionen zur Ankurbelung der Konjunktur mit einer Hartwährungspolitik, die Währungsschwankungen zu vermeiden versuchte, um stabile Industrie- und Handelsbeziehungen zu stützen. Die staatlichen Investitionen verbesserten die Infrastruktur des Landes mittels neuer **Schulen**, moderner **Krankenhäuser** und ausgebauter **Straßen**, die den allgemeinen Wohlstand beförderten. Als Aufgabe des Staates wurde dabei nicht nur die soziale Flankierung der Wirtschaft mit dem Wohlfahrtsstaat gesehen, sondern auch die **politische Steuerung der Märkte und des Konjunkturzyklus** sowie die Stärkung eines Bereichs der Wirtschaft, der gar nicht den Kräften des Marktes überlassen wurde (soziale Dienstleistungen, aber auch Schlüsselbereiche der Industrie). Diese Wirtschaftspolitik führte dazu, dass Österreich die Krisen der 1970er-Jahre – vor allem die Rezession im Zuge des Ölpreisschocks von 1973 – problemlos überstand. Auch nach 1973 war Österreich gekennzeichnet von einer niedrigen Arbeitslosenrate, geringer Inflation, hohem Wachstum und einer Produktivitätssteigerung, die sich auch in höheren Löhnen bemerkbar machte. Als sich die gute Konjunktur ab 1974 zu erschöpfen begann, setzte die Regierung auf die Förderung des bis dahin unentwickelten Dienstleistungssektors, der bis in die 1980er-Jahre noch Vollbeschäftigung generieren konnte.

Im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik fanden zahlreiche Maßnahmen statt, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, eine größere Mitsprache am Arbeitsplatz (**Arbeitsverfassungsgesetz 1973**) sowie eine bessere soziale Absicherung mit sich brachten. Besonders hervorzuheben sind die Reformen der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die schon zuvor zu einem Kernbestandteil der Politik der SPÖ gehörten. Die **40-Stunden-Woche** wurde 1975 zur neuen Normalarbeits-

zeit. Möglich wurde all dies durch die hohe Beschäftigungsquote und den Arbeitskräftemangel, der den Beschäftigten eine bessere Verhandlungssituation einbrachte und die Gewerkschaften in die Lage versetzte, im sozialpartnerschaftlichen Dialog Forderungen aufzustellen, die den Reichtum umverteilten (**Steigerung der Lohnquote auf Kosten der Gewinnquote**), die Arbeitsbedingungen von der Kommandostruktur zu Mitbestimmung verschieben konnten und die Absicherung von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Pension verbesserten. Im Gleichklang mit den Gewerkschaften maß Kreisky der Vollbeschäftigung in Österreich den zentralen Platz einer sozialistischen Politik zu.

Große Fortschritte machte auch die Politik der Geschlechterverhältnisse, die den Bereich der Familienpolitik umfasste sowie die später davon als eigenes Politikfeld gesehene **Frauenpolitik**: Seit 1918 waren Frauen im Wahlrecht Männern gleichgestellt. In vielen anderen Rechtsbereichen sind sie es aber erst seit der Kreisky-Ära. Einerseits führte die SPÖ – trotz parteiinterner Debatten – die Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch ein. Erst jetzt war es für Frauen möglich, eine ungewollte Schwangerschaft sicher zu beenden (innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate), ohne gesundheitliche Schäden oder strafrechtliche Verfolgung fürchten zu müssen. Nach und nach brachte die Regierung nun auch ein Reformwerk auf den Weg, das als „**Große Familienrechtsreform**“ in die Geschichte einging. Es stellte verheiratete Frauen ihren Männern rechtlich erstmals gleich. Bis dahin war der Ehemann das Familienoberhaupt gewesen. Er konnte den Wohnsitz bestimmen, entschied alleine über die Erziehung der Kinder, verwaltete das gemeinsame Vermögen und konnte seine Frau vor Gericht vertreten. Im Fall einer Scheidung gehörte ihm das gesamte Familienvermögen mit Ausnahme dessen, was die Frau nachweislich selbst in die Ehe eingebracht hatte. Damit war jetzt Schluss – auch symbolisch: Frauen mussten im Fall einer Eheschließung nicht mehr automatisch den Namen des Mannes annehmen, sondern konnten ihrem neuen Namen auch den Mädchennamen hinzufügen, wenn sie das wollten.

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

Reformen der Regierungen Kreisky I-IV

Zentrale Reformen und Errungenschaften der Regierung Kreisky

Arbeit und Soziales

- Arbeitsverfassungsgesetz 1973: Verstärkte Mitbestimmung durch Betriebsräte in Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften (Drittelparität)
- Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 40 Wochenstunden 1975
- Anhebung des Mindesturlaubs auf vier Wochen 1976
- Entgeltsicherungsgesetz 1977
- Gleichstellung von ArbeiterInnen und Angestellten bei der Abfertigung 1980
- Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz 1981
- Anhebung des Mindesturlaubs auf fünf Wochen 1983

Bildungspolitik und Hochschulpolitik

- Freifahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln für SchülerInnen 1971
- Abschaffung der Aufnahmeprüfung für die AHS 1971
- Abschaffung der Hochschultaxen für Universitäten 1972
- Einführung der kostenlosen Schulbücher 1972
- Schulunterrichtsgesetz: Mitwirkung aller Schulpartner (LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern) 1974
- Universitätsorganisationsgesetz 1975: Demokratisierung der Universitäten
- Ausbau des Stipendiensystems für Studierende ab 1980

Familienpolitik und Frauenpolitik

- Kleine Familienreform 1971: Klärung der Rechtslage unehelicher Kinder
- Heiratsbeihilfe 1971: Startgeld für neu Verheiratete
- Geburtenbeihilfe 1973

- Große Familienreform 1975:
Gleichstellung der Position von Frauen in Ehe und Familie,
Abschaffung der Straffälligkeit von Homosexualität, Einführung der
Fristenlösung (legaler Schwangerschaftsabbruch bis zum 3. Monat)
- Pflegefreistellung für Eltern 1976
- Gleiche Rechte und Pflichten für Ehepartner 1976
- Schaffung des ersten Frauenhauses 1978
- Einrichtung eines Staatssekretariats für allgemeine Frauenfragen 1979

Gesundheitspolitik

- Einführung der kostenlosen Gesundenuntersuchung 1974
- Mutter-Kind-Pass
(Gesundheitsversorgung von Müttern und Säuglingen) 1974

Medienpolitik

- Reform des Rundfunkgesetzes 1974:
Schaffung einer Vertretung für die HörerInnen und SeherInnen

Verteidigungspolitik und Außenpolitik

- Bundesheerreform:
Verkürzung des Wehrdiensts von 9 auf 6 Monate 1971
- Einführung des Zivildienstes als Ersatz für den Wehrdienst 1974
- Etablierung Wiens als Standort der UNO 1979

Wirtschafts- und Steuerpolitik

- Austrokeynesianische Wirtschaftssteuerung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung
- Reform der Lohn- und Einkommenssteuer, Progressionsabmilderung 1971
- Steuerliche Entlastung für Familien
(Kinderabsetzbeträge mit Mehrkinderstaffel) 1973
- Reform der Gewerbeordnung 1973

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

In der **Bildungs- und Hochschulpolitik** setzten die Regierungen Kreisky besonders weitreichende Maßnahmen: Die geistige Öffnung des Landes funktionierte vor allem durch die Beseitigung von finanziellen Schranken für Schulen und Universitäten. Bildung sollte ein Allgemeingut sein, das allen unabhängig vom Einkommen der Eltern offensteht. Nach der Freifahrt für den Schulweg führte die Regierung auch **kostenlose Schulbücher** ein und trieb im ganzen Land massiv den Bau neuer Schulen voran. Durch das Schulunterrichtsgesetz wurde schließlich die Macht der Lehrkräfte stark eingeschränkt – fortan hatten auch SchülerInnen garantierte Rechte, was ihre Mitarbeit im Unterricht und die Art ihrer Beurteilung betraf. Neben den Schulen öffnete die Regierung Kreisky die **Universitäten**. Die Studiengebühren, die Kindern aus ärmeren Familien das Studium faktisch verunmöglicht hatten, wurden **abgeschafft**. Die Universitäten selbst wurden demokratisiert, die Professoren mussten erstmals in ihren Entscheidungen auch Studierende und AssistentInnen berücksichtigen.

Ein besonderes Anliegen war dem weltgewandten Intellektuellen Bruno Kreisky, der vor seiner Zeit als Kanzler lange Außenminister gewesen war, stets die Außenpolitik. Hier entwickelte Kreisky das **Konzept einer „aktiven Neutralität“**. Österreich hatte 1955 im Staatsvertrag seine immerwährende Neutralität erklärt. Nach Kreiskys Verständnis bedeutete das jedoch nicht, dass sich Österreich aus der internationalen Politik heraushalten sollte – im Gegenteil. Österreichs internationale Bedeutung als neutrales Land machte es in Kreiskys Augen besonders geeignet für die Rolle als Vermittler in internationalen Konflikten. Obwohl selbst Nicht-Zionist, fühlte sich Kreisky besonders verpflichtet, einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten zu leisten. Sein Bemühen um einen Dialog zwischen Israel und den Palästinensern machten den österreichischen Kanzler besonders in der arabischen Welt sehr populär. Darüber hinaus unterstützte Kreisky nach Kräften die Anliegen der sogenannten „Dritten“ gegen die „Erste“ Welt. Die Ansiedlung eines UNO-Generalsekretariats 1980 in Wien war maßgeblich ein Erfolg der Außenpolitik in den Jahren zuvor.

Die Regierung Kreisky II hatte auch mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese gingen aber weniger von der politischen Opposition aus. Die ÖVP war angesichts des

Reformeifers von Kreisky und seinem Team wie gelähmt. Die unerfreulichste Auseinandersetzung war sicherlich der **Ortstafelstreit 1972**, der zu einem konfliktreichen Herbst führte. Gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ beschloss die SPÖ im Juli 1972 die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in all jenen Gebieten Kärntens, die nach dem Zensus von 1961 einen Anteil von 20% an EinwohnerInnen mit slowenischem Hintergrund aufwiesen. Diese Maßnahme war nach dem Staatsvertrag von 1955 längst überfällig geworden. Dagegen gab es von Seiten der FPÖ massiven Widerstand, aber auch große Unzufriedenheiten in Kärnten selbst. Als die Tafeln aufgestellt wurden, wurden sie im Oktober von rechtsgerichteten gewalttätigen Gruppen und Kärntner Heimatverbänden zerstört oder abmontiert. Kreisky stellte sich in Klagenfurt der Debatte, wurde aber unfreundlich empfangen und für seine Positionen gescholten. Nach längerer Auseinandersetzung wurde das Gesetz ad acta gelegt. Die Umsetzung sollte schließlich bis 2011 dauern.

Ein weiteres unerfreuliches Kapitel in der Ära Kreisky war die **Auseinandersetzung mit Simon Wiesenthal**, dem Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums. Wiesenthal machte es sich zum Ziel, die konkreten Verbrecher des Holocausts durch Nachforschungen zu benennen, um sie gerichtlich zur Rechenschaft ziehen zu können. Als Wiesenthal nach der Nationalratswahl 1975 Nachforschungen über den FPÖ-Obmann Friedrich Peter veröffentlichte, die diesen als an Massensmorden an der Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkriegs beteiligt auswiesen, entstand ein Konflikt, der aus heutiger Sicht seltsam anmutet. Kreisky verteidigte Peter, der ihm zu Zeiten der Minderheitsregierung beistand, und kritisierte Wiesenthal in heftiger und aggressiver Form. Der Konflikt war sicherlich überlagert durch die einander feindlich gesinnten jüdischen Identitäten von Kreisky und Wiesenthal: Während Wiesenthal einer orthodoxen ostjüdischen Familie entstammte, war Kreisky in einem assimilierten und bürgerlichen Umfeld aufgewachsen und wollte sich eine Zugehörigkeit zu einer jüdischen Schicksalsgemeinschaft nicht aufzwingen lassen, wofür ihn Wiesenthal kritisierte. Zudem war Wiesenthal als Anhänger der ÖVP in seinen Recherchen bei ehemaligen Nazis im Umfeld der ÖVP sehr nachsichtig und begann seine Kritik an ehemaligen Nazis in Regierungsverantwortung erst unter Kreisky. Der Konflikt wurde letztlich nie

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

gelöst und flammte später noch einmal auf. Kreiskys Regierungszeit wird der Konflikt heute vielfach als negativer Punkt angelastet. Wenngleich Kreiskys Reaktion überzogen war, muss sie jedoch auch vor dem Hintergrund dieser Umstände bewertet werden.

Nach vier Jahren Reformregierung schien Kreisky die Energie noch lange nicht auszugehen. Die **Nationalratswahl 1975** verschaffte der SPÖ ein noch höheres Ergebnis in Stimmen (50,42 %, plus 0,38 %) und **stabilisierte die Reformarbeit**. Auch die Wahl von Rudolf Kirchschläger – der zwar parteifrei, aber Außenminister auf einem SPÖ-Ticket gewesen war – zum Bundespräsidenten 1974 (und dann 1980) trug hierzu bei. Neben familienpolitischen Maßnahmen war vor allem die Ausweitung des Anspruchs auf bezahlten Urlaub eine Reform, von der alle ArbeitnehmerInnen nachhaltig profitieren: 1976 wurde er auf vier Wochen angehoben (1983 dann auf fünf Wochen). Die Regierung Kreisky III schloss nahtlos an ihre vorgehenden Erfolge an.

Ein großes Vermächtnis, das Kreisky der SPÖ hinterließ, war das **Parteiprogramm von 1978**. Es gilt zu Recht als eines der progressivsten und reflektiertesten Grundsatzpapiere der europäischen Sozialdemokratie zu dieser Zeit. In analytischer und begrifflicher Schärfe bekannte sich die SPÖ darin zum Ziel einer klassenlosen Gesellschaft, trug dabei aber auch den veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung. Es war ein Programm, das mit seinen Bezügen auf die gesellschaftsverändernde Kraft der SPÖ Tradition, Gegenwart und Zukunft in einen programmatischen Rahmen zu packen verstand, der Aufgaben für die gegenwärtige Lage ableitbar machte und auch alle Parteiteile ideologisch vereinte. Bei der Erfassung der gegenwärtigen politischen Lage zeigten sich jedoch auch einige Verschleißerscheinungen. Nicht alle der neuen sozialen Bewegungen konnten inhaltlich ins Boot geholt werden, allen voran nur in Teilen die Friedensbewegung und kaum die Umweltbewegung. Obwohl viele AktivistInnen dieser Bewegungen grundsätzlich mit der Sozialdemokratie sympathisierten, fand die Partei keinen Weg, sie und ihre Positionen zu integrieren. Die Gründung der „Alternativen Liste“ 1982, aus der später die Grünen hervorgingen, war auch eine Folge mangelhafter Einbindung. Wille hierzu bestand jedenfalls, waren doch Ansätze einer Kritik an

Wirtschaftswachstum und an staatlichem Bürokratismus Teil des Programms. Die Öffnung der Partei war ein Grundpfeiler, den Kreisky vor Augen hatte. Gegenüber der Öffnung in Richtung einer Versöhnung von Kirche und Sozialdemokratie und damit von Stadt und Land wurde aber die rasche Pluralisierung der Lebenswelten und Anschauungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht in der vollen Tragweite erkannt.

Konflikte zwischen Modernisierung und Umweltschutz traten spätestens entlang der Frage der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf 1978 auf. Das AKW war noch unter ÖVP-Verantwortung geplant worden, spaltete nun aber die öffentliche Meinung sowie diejenige der ExpertInnen. Kreisky schlug eine Volksabstimmung vor und warb für die Inbetriebnahme mit der Koppelung an eine allgemeine Vertrauensfrage über seine Person. Die Abstimmung vom November 1978 brachte ein knappes Ergebnis für die Ablehnung (50,5%). Die Nein-Stimmen gingen nicht nur auf das Konto der GegnerInnen des AKW, sondern auch auf Stimmen von ÖVP-AnhängerInnen, die in der Hoffnung auf einen Rücktritt Kreiskys ihre Wahlentscheidung trafen. Kreisky bot dem Parteivorstand seinen Rücktritt an, der jedoch abgelehnt wurde. Die Nutzung der Atomenergie hatte sich für Österreich damit entschieden. Kreisky trug dem Ergebnis Rechnung: Der Nationalrat beschloss noch im Dezember 1978 einstimmig das **Atomsperrgesetz**, das Bau und Inbetriebnahme von AKWs auf österreichischem Boden untersagt.

Die **Nationalratswahl 1979** fand im Jahr des Höhepunktes der Sozialdemokratie statt. Mit über 2,4 Millionen Stimmen erreichte die **SPÖ 51,03 %** der Stimmen (plus 0,61 %). Der Mitgliederstand erreichte den Höchstwert von 721.262 Personen, was fast 14 % der Wahlberechtigten bzw. fast 30 % der eigenen WählerInnenschaft entsprach. Werte wie diese waren in der europäischen Politik einzigartig und verdeutlichen die Hegemoniefähigkeit und Popularität der SPÖ unter Kreisky. Keine andere Partei Westeuropas konnte jemals eine ähnliche Organisationsstärke aufweisen.

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

Kreisky und die Schulden

„Ein paar Milliarden mehr Schulden bereiten mir weniger schlaflose Nächte als hunderttausend Arbeitslose.“ Dieser Spruch von Kreisky wird heute oft angeführt, wenn es darum geht, Kreiskys Wirtschaftspolitik zu diskreditieren. Einem populären konservativen Mythos zufolge, hätten die Regierungen Kreiskys horrende Staatsschulden verursacht, für die künftige Generationen noch zu zahlen hätten.

Kreiskys austrokeynesianische Wirtschaftspolitik beruhte auf der Idee, dass Vollbeschäftigung der Schlüssel zu allgemeinem Wohlstand und geringen sozialen Problemen ist. Ausgehend davon wurden im Zuge der international schlechten Wirtschaftslage ab Mitte der 1970er-Jahre für ausbleibendes privates Kapital schuldenfinanzierte staatliche Investitionen eingesetzt. Die Wirtschaftsankurbelung zeigte Erfolge und ermöglichte es Österreich, unbeschadet die Krise zu durchtauchen und zugleich seine Infrastruktur zu modernisieren. Die hierfür in Kauf genommenen Staatsschulden hatten nachhaltig positive Wirkungen: Den höheren Schulden stand nämlich ein gesteigener gesamtwirtschaftlicher Reichtum gegenüber.

In Kreiskys Ära zwischen 1970 und 1983 stiegen die Staatsschulden von 13% auf 39% der Wirtschaftsleistung. Unter der Großen Koalition stiegen sie bis 1999 auf 66,8%. In dieser Phase stand das Ziel der Budgetkonsolidierung stärker im Vordergrund als jenes der Vollbeschäftigung. Infolge der Wirtschaftskrise stieg der Schuldenstand 2010 auf 82,7%. Grund hierfür waren die Bankenpakete. Durch die positive wirtschaftliche Entwicklung ab 2015 sank er zuletzt wieder.

Staatsschulden sind per se weder gut noch schlecht, sondern vom gesamtwirtschaftlichen Umfeld her zu betrachten: Staaten können die Wirtschaftsleistung nämlich ankurbeln oder bremsen und ihre Einnahmen und Ausgaben durch Steuern regeln. Sinkende Staatsausgaben können die Wirtschaft auch abwürgen und insgesamt schlimmere Effekte erzeugen als eine Anhebung des Schuldenstandes. Ebenso sind Staatsausgaben nicht per se gut oder schlecht, denn manche haben positive Wirkungen (wie Senkung der Arbeitslosigkeit oder Modernisierung von Infrastruktur), andere womöglich nicht. Kreisky Staatsausgaben kommt eine solche positive Wirkung zu. Die Budgetdefizite unter den Regierungen von Wolfgang Schüssel wiesen eine solche Wirkung dagegen nicht auf.

Auszüge aus dem Parteiprogramm von 1978

In der Ära Kreisky wurde die Programmatik der SPÖ überarbeitet und die Öffnung der Partei untermauert. Die Ziele der Partei wurden nun an den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtet. Auch feministische, religiöse und ökologischen Anliegen wurden dabei aufgenommen und konkrete Maßnahmen erarbeitet.

„Die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der Gemeinschaft ist. Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen. [...] Wir Sozialisten streben eine klassenlose Gesellschaft an, in der Herrschaftsverhältnisse und Privilegien überwunden sind, und die auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut.“

„Für uns Sozialisten ist die freie Entwicklung des einzelnen durch die Sicherung seiner Lebensgrundlagen die Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft. [...] Die Sozialisten treten unverrückbar für die Gleichheit als Ausdruck der Gleichwertigkeit aller Menschen ein. [...] Freiheit und Gleichheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander; der erste Schritt zur Ungleichheit ist auch der erste Schritt zur Unfreiheit; nur politisch, wirtschaftlich und sozial gleichberechtigte Menschen sind freie Menschen.“

„Der Kampf der Sozialisten um die elementaren Rechte der Arbeiter war von Anfang an ein Kampf um die demokratische Gesellschaft. Das gilt auch heute noch in einer Zeit, in der die sozialistische Bewegung sich nicht mehr allein auf die Arbeiterschaft stützt. Wir sind heute die Partei der Arbeiter und Angestellten, der Beamten, Akademiker und Kulturschaffenden, und jener Selbständigen in Gewerbe und Landwirtschaft für die der eigene Arbeitseinsatz die Voraussetzung ihrer Existenz darstellt. Die Hoffnungen aller dieser Gruppen können nur in einer sich zur sozialen Demokratie verändernden Gesellschaft ihre Erfüllung finden.“

„Die Emanzipation der Frauen läßt sich nur über deren politische, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit durchsetzen. [...] Weil die Sozialisten die Emanzipation von Mann und Frau verwirklichen wollen, machen sie den Kampf der Frau gegen Benachteiligungen auch zu ihrem Kampf.“

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

„Für das kapitalistische wie für das kommunistische Wirtschaftssystem stellt hemmungsloses Wachstum die Grundlage ihres Bestandes dar. Dieses zerstört aber die Umwelt und gefährdet die Gesundheit. Die Sozialisten streben demgegenüber ein qualitatives Wachstum an. [...] Qualitativ ausgerichtet ist das Wachstum dann, wenn die Humanisierung der Arbeitsplätze, die verantwortungsvolle Nutzung der Produktionsfaktoren und eine möglichst geringe Belastung der Umwelt im Vordergrund stehen.“

Im Jahr 1979 wirkte es so als ob die Strahlkraft der Regierung Kreisky keine Grenzen kennen würde. Kreisky war ein international tätiger Bündnispartner und stand in regelmäßigem Austausch mit Staats- und Regierungschefs. Auf Vermittlung Kreiskys trafen sich Jassir Arafat und Willy Brandt in Wien, womit Friedensbemühungen im israelisch-palästinensischen Konflikt initiiert wurden. Ebenso in Wien trafen sich 1979 US-Präsident Jimmy Carter und der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew, um Verträge über eine Begrenzung der nuklearen Rüstung zu unterzeichnen. **Österreich stand damit als neutrales Land im Zentrum des Weltgeschehens** und konnte sich als Standort internationaler Abkommen und Konferenzen etablieren. Die Schaffung des UNO-Standortes war eine Folge davon.

Innenpolitisch wurde der austrokeynesianische Kurs weiter erfolgreich fortgesetzt. Um einen drohenden wirtschaftlichen Abschwung abzuwenden, setzte die Regierung **wichtige Maßnahmen zur Sicherung des Beschäftigungsniveaus**, jedoch wurden diese von einigen Sparüberlegungen begleitet. Kreisky war der Meinung, dass die Maßnahmen sozial gerecht erfolgen sollten und brachte die Besteuerung von Zinseinkommen auf. Diese Maßnahme wurde vom Boulevard und der Opposition als „Sparbuchsteuer“ bekämpft. Für große Reformen im Bereich der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Wohlfahrt war der budgetäre Spielraum damit schwächer. Von großer Bedeutung war 1979 die Schaffung eines eigenen Staatssekretariats für allgemeine Frauenfragen, das mit **Johanna Dohnal** besetzt wurde. Es konnte rasch einige wichtige frauenpolitische Maßnahmen umsetzen, darunter etwa die Ausdehnung des Mutterschutzes auf selbst-

ständige Frauen und Bäuerinnen oder die Förderung von Frauen im Bundesdienst. Dohnal bereitete in weiterer Folge zahlreiche **Gleichbehandlungsgesetze** vor, Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Absicherung von Frauen und ging auch das Thema des Kampfes gegen Gewalt gegen Frauen und sexuelle Belästigung an. Sie war eine Fördererin zahlreicher frauenpolitischer Initiativen in allen Bereichen der Gesellschaft: von Maßnahmen der Förderung des Selbstbewusstseins von Mädchen und jungen Frauen über Qualifizierungsmaßnahmen für technische Berufe bis hin zur Eröffnung des ersten Frauenhauses in Wien 1978.

Innerparteilich wurde die Lage durch den **Konflikt zwischen Kreisky und Androsch** bestimmt. Das Verhältnis zwischen dem Ziehvater und dem Kronprinzen trübte sich bereits ab 1974 als Androsch Kreisky als nächsten Bundespräsidenten vorschlug, was von diesem als „Weglobung“ aufgefasst wurde. Androsch wurde 1976 Vizekanzler und war weiterhin ein logischer Nachfolger Kreiskys, schielte jedoch auf den Posten des Notenbankpräsidenten. Dies wurde von Kreisky verhindert und auch als Fahnenflucht aus der Verantwortung ausgelegt. Zu diesen gegenseitigen Enttäuschungen kam 1977 ein wirtschaftspolitischer Konflikt über die Frage der Hartwährungspolitik hinzu, den Androsch für sich entscheiden konnte. Androsch blieb während seiner Zeit als Finanzminister mit seiner Steuerberatungskanzlei Consultatio verbunden und führte de facto die Geschäfte weiter. Mit dem Wachstum der Kanzlei und dem fehlenden Problembewusstsein Androschs über die Vermischung politischer und privater Interessen, brachte Kreisky das Thema öffentlich auf und zwang Androsch zur Übergabe seiner Kanzleianteile in eine Treuhandverwaltung. Zunehmend spaltete der Konflikt die Partei in unproduktiver Weise in zwei Lager. Er endete im Jänner **1981** mit dem **Rücktritt Androschs**.

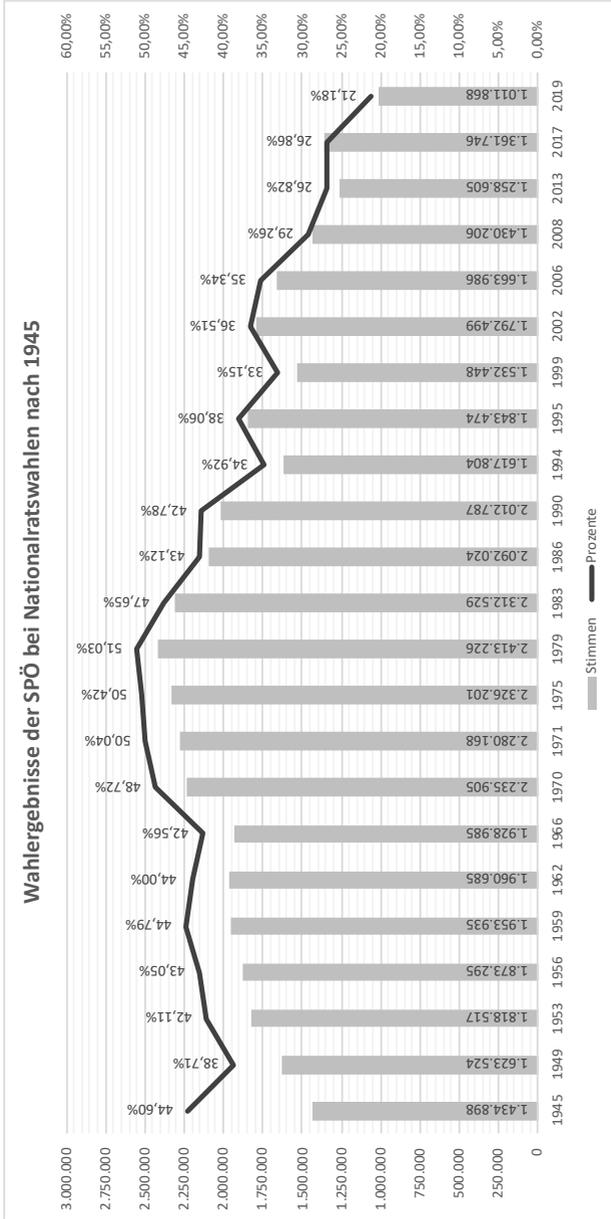
Die letzte Regierungsperiode Kreiskys war auch eine Periode der beginnenden Krisen: Es gab die **innerparteilichen Tumulte**, den **Korruptionsskandal um das AKH**, beginnende wirtschaftliche Erschöpfungserscheinungen der austrokeynesianischen Strategie, den beginnenden Aufstieg der neuen sozialen Bewegungen und eines Wertewandels der jungen Generation in Richtung der „postmaterialistischen“ Werte rund um Individualität und Autonomie. Zu all dem kam eine Er-

5 Die Ära Kreisky 1970–1983

krankung Kreiskys hinzu. Der internationale Kontext hatte sich ebenfalls verändert: Mit Margaret Thatcher im Vereinigten Königreich und Ronald Reagan in den USA löste der Neoliberalismus das sozialdemokratische Zeitalter ab und läutete, wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu formulierte, die „**Konterrevolution des Kapitals**“ ein. Es ist zum nachhaltigen Erbe der Ära Kreisky zu zählen, dass die Reformen des Neoliberalismus in Österreich in weitaus moderaterer Weise eingeschlagen haben und den sozialen Zusammenhalt weniger schädigen konnten.

Die Kreisky-Ära war in der Nachbetrachtung die prägendste Periode der Zweiten Republik. Sie zeichnete sich nicht einfach nur durch die drei Wahlsiege mit absoluten Mehrheiten für die SPÖ aus, sondern dadurch, dass sie Österreich aus der Provinzialität geholt und eine nachholende Modernisierung durchgesetzt hat. Diese Modernisierung war nicht einfach eine der Industrie und Technologie, sondern eine soziale Modernisierung, die das Land gerechter, liberaler, demokratischer und weltoffener gemacht hat.

Kreisky hat auch einen neuen politischen Stil geprägt, nämlich einen der politischen Debatte und Auseinandersetzung: Sie wertete das politische Argument auf und zwar sowohl hinsichtlich der Debatten zwischen den Parteien und innerhalb der Partei als auch zwischen der politischen Klasse und den BürgerInnen. Kein Bundeskanzler ist je zuvor durch das Land gereist, hat seine Politik erklärt und die Stimmungen darüber eingefangen, wo der Schuh drückt. Auch die Auseinandersetzung mit den Medien, wie etwa in Form des wöchentlichen Pressefoyers nach Ministerratssitzungen, stellte eine Neuheit dar, die die Medienlandschaft beflügelte und Ansätze eines kritischen Journalismus hervorbrachte.



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des BMI.

6 Kleine Koalition 1983–1986

Als die SPÖ bei den Wahlen 1983 mit 47,65 % (minus 3,38 %) ihre – zwölf Jahre bestandene – absolute Mehrheit verfehlte, war sie auf einen Koalitionspartner angewiesen. Nach von Kreisky geführten Verhandlungen bildete sich eine **rot-blaue Koalition**. Kreisky verabschiedete sich daraufhin aus der Politik und ernannte **Fred Sinowatz** zum Nachfolger und **Kanzler**, der zuvor als populärer Bildungsminister und seit 1981 als Vizekanzler fungierte. Kreisky hatte stets betont, man müsse auch ehemaligen Nazis das Recht zugestehen, aus ihren Fehlern zu lernen. Es dauerte allerdings nicht lange, bis sich zeigte, dass die FPÖ ganz die alte geblieben war. Zwar hatte sich die FPÖ unter Norbert Steger einen liberalen Anstrich gegeben, blieb aber unter der Oberfläche eine Heimat für jene Leute, die Steger als „Kellernazis“ bezeichnete und als Hindernis für den Aufstieg der Partei sah.

Obwohl das Arbeitsübereinkommen der Koalition weitestgehend dem SPÖ-Parteiprogramm folgte, war die **Kleine Koalition krisen- und skandalgebeutel**. Für die SPÖ blieb die Politik der Vollbeschäftigung ein politisches Ziel, das sich auch in den Maßnahmen der Regierung wiederfand. De facto aber konnte sie nach steigender Arbeitslosigkeit bereits seit 1981 nicht mehr aufrechterhalten werden. Sie verschärfte sich zudem als die Verstaatlichte Industrie in die Krise geriet. Nachdem die Verstaatlichte die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre erfolgreich und ohne staatliche Subventionen bewältigen konnte, benötigte sie nun eine Finanzhilfe, mit der Verluste abgebaut und Kündigungen vermieden werden konnten. Zugleich wurden damit erstmals Einsparungen im Budget erforderlich. Der öffentlichen Reputation der Verstaatlichten wurde auch durch Fehler und dubiose Affären des Managements geschadet, die die Krise verschlimmerten. Die Verstaatlichte verlor von diesem Zeitpunkt an als Instrument der Wirtschaftspolitik (insbesondere bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen) an Bedeutung. Die Rationalisierungen und technologischen Weiterentwicklungen der betroffenen Unternehmen folgten in den kommenden Jahren einer zunehmend vom Aufstieg des Neoliberalismus geprägten Entwicklung.



Fred Sinowatz (1929–2008) war der populäre Bildungsminister unter Kreiskys Alleinregierung. Zwischen 1983 und 1986 führte er als Bundeskanzler die Koalition mit der FPÖ, die sich trotz eines liberalen Anstrichs nicht als regierungsfähig erwies.

Die SPÖ war in der Zeit der Kleinen Koalition auch weiterhin mit dem anhaltenden Konflikt von Kreisky und Androsch befasst. Von größerer Bedeutung war aber die heftige öffentliche **Auseinandersetzung um den Bau eines Donaukraftwerkes in Hainburg**, die die Regierung 1984 verlor. Hainburg markierte ein Ereignis im gesellschaftlichen Umbruch der 1980er-Jahre, in dessen Folge ökologische Anliegen politisch an Gewicht gewannen und sich mit den Grünen eine neue Partei formierte, die auch der SPÖ Konkurrenz machte. Darüber hinaus schadete der

6 Kleine Koalition 1983–1986

Regierung auch der Weinskandal 1985. Die Skandale schienen sich schließlich zu vervielfältigen: **Mehrere SP-Spitzenpolitiker standen im Zentrum politischer Skandale**, darunter der ehemalige Finanzminister Hannes Androsch (Steuerhinterziehung), Bautenminister Karl Sekanina (Korruption), Innenminister Karl Blecha und Außenminister Leopold Gratz (beide wegen Verwicklung in die Affären Lucona und Noricum). Eine Krise in der Regierung zeichnete sich ab, als der freiheitliche Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager offiziell einen aus italienischer Haft entlassenen SS-Kriegsverbrecher bei dessen Rückkehr mit Handschlag begrüßte.

Dies war der Hintergrund für die Präsidentschaftswahl im Juni 1986, der einzigen Bundeswahl in der Amtszeit von Sinowatz. Zum ersten Mal wurde sie von einem Kandidaten der ÖVP gewonnen, von Kurt Waldheim mit 53,9 % im zweiten Wahlgang. Der Wahlkampf wurde zu einer Auseinandersetzung mit der österreichischen NS-Vergangenheit. Im Vorfeld der Wahl wurde durch Medienrecherchen bekannt, dass Waldheim – als ehemaliger Generalsekretär der UNO war er ein angesehener Diplomat – seine Biographie geschönt hatte, indem er seine Aufgaben in der Wehrmacht zwischen 1942 und 1945 und seine Mitgliedschaft bei der SA verschleierte. Nachweislich hatte er zudem zu seiner Vergangenheit die Unwahrheit gesagt. Waldheim hielt mit Verweisen auf seine einfache „Pflichterfüllung“ dagegen. Einige seiner UnterstützerInnen im Wahlkampf bedienten sich antisemitischer Untertöne und mobilisierten eine Stimmung des „Jetzt erst recht“. Während seiner Amtszeit blieb Waldheim international isoliert. Die Debatte über die NS-Vergangenheit kam dafür ins Rollen.

Angesichts dieser Abfolge von Niederlagen reagierte **Fred Sinowatz** schließlich nach der Präsidentschaftswahl mit seinem **Rücktritt**. **Ihm folgte Franz Vranitzky**, der nach Tätigkeiten als Manager im Bankenbereich 1984 als Finanzminister in die Regierung geholt worden war. Als es im September 1986 auch in der FPÖ zu einem Personalwechsel kam – der „liberale“ Norbert Steger wurde durch den „nationalen“ Jörg Haider gestürzt – beendete Vranitzky die Zusammenarbeit und es kam zu **Neuwahlen im November**.

SKRIPTEN ÜBERSICHT

VOGB

WIRTSCHAFT	
WI-1	Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften
WI-2	Konjunktur
WI-3	Wachstum
WI-4	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
WI-5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt
WI-6	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
WI-7	Der öffentliche Sektor (Teil 1) – in Vorbereitung
WI-8	Der öffentliche Sektor (Teil 2) – in Vorbereitung
WI-9	Investition
WI-10	Internationaler Handel und Handelspolitik
WI-12	Steuerpolitik
WI-13	Bilanzanalyse
WI-14	Der Jahresabschluss
WI-16	Standort-, Technologie- und Industriepolitik

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE	
PZG-1A	Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945
PZG-1B	Sozialdemokratie seit 1945
PZG-2	Christliche Soziallehre
PZG-3	Die Unabhängigen im ÖGB
PZG-4	Liberalismus/Neoliberalismus
PZG-6	Rechtsextremismus
PZG-7	Faschismus
PZG-8	Staat und Verfassung
PZG-10	Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften
PZG-11	Gesellschaft, Staat und Verfassung im neuzeitlichen Europa, insbesondere am Beispiel Englands

SOZIALE KOMPETENZ			
SK-1	Grundlagen der Kommunikation	SK-5	Moderation
SK-2	Teamarbeit	SK-8	Führen im Betriebsrat
SK-3	NLP	SK-9	Verhandeln
SK-4	Konfliktmanagement		

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

Wiederauflage der Großen Koalition 1986–1999

7

Mit dem Ende der Kleinen Koalition formierte sich **ab Jänner 1987 eine Große Koalition aus SPÖ und ÖVP**. Die SPÖ musste bei der Wahl 1986 Verluste hinnehmen (43,11 %, minus 4,54 %), behielt aber den ersten Platz und sah sich als Wahlgewinnerin, da die Umfragen der ÖVP (41,3 %, minus 1,9 %) einen Sieg bescheinigten. Obwohl es die Große Koalition bereits in der Nachkriegszeit gab, unterschied sich die Neuaufgabe doch deutlich. Dies hatte drei Gründe: Erstens befand sich Österreich in einer ökonomischen Umbruchsituation, die mit der Krise der fordistischen Weltwirtschaft infolge der einsetzenden Globalisierungsprozesse zu tun hatte. Sie wirkte sich in Österreich in steigender **Arbeitslosigkeit**, einer **Krise der verstaatlichten Industrie** und einer **Veränderung der österreichischen Sozialstruktur** aus (Aufstieg des Dienstleistungssektors). Zweitens war die Große Koalition unterhalb der Oberfläche der guten parlamentarischen Zusammenarbeit von starken Auffassungsunterschieden über die Richtung, in die sich das Land bewegen sollte, gekennzeichnet. Konflikte über das Verhältnis von Staat und Markt, die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates, Steuerpolitik oder die Landesverteidigung waren vorprogrammiert. Drittens gab es auch Umbrüche in der politischen Kultur des Landes, die sich in Konflikten im Umgang mit der Vergangenheit zeigten. Alle drei Faktoren spielten bis zum Ende dieser Koalition eine bestimmende Rolle.

Auf Ebene der **Wirtschafts- und Sozialpolitik** machte sich in der Großen Koalition ein **Richtungswechsel** bemerkbar. Die Krise der Verstaatlichten wurde zunehmend mit Mitteln der Teilprivatisierung, der Zerschlagung in mehrere Teile und mit Stellenabbau gelöst. In der Budgetpolitik wurde das Ziel der **Budgetkonsolidierung**, d.h. Einsparungen beim Sozialstaat, zu einem Mantra. Die SPÖ konnte zwar weiterhin ein „möglichst hohes Beschäftigungsniveau“ als Regierungsziel verankern, jedoch wurde dieses Ziel unter jenes der Budgetkonsolidierung gereiht. Auftretende Spannungen zwischen sozialistischer Programmatik und realer politischer Praxis konnten immer schwieriger befriedet werden. Die wirtschaftliche Entwicklung war außerdem immer stärker durch die Einbindung in den europäischen Markt gekennzeichnet, was sich auch in einer langsamen Funktionsverschiebung der Sozialpartnerschaft bemerkbar machte. Viele Instrumente der Sozial- und Wirtschaftspolitik wurden dem Markt überlassen. Den-

noch blieb die Sozialpartnerschaft während der gesamten Zeit der Großen Koalition als Besonderheit des österreichischen politischen Systems bestehen. Als Effekt waren Reformen des Staatsumbaus stets moderater als in anderen Ländern und stärker auf den sozialen Ausgleich ausgerichtet.

Im politischen System wurde die SPÖ ab 1986 durch das Auftauchen der Grünen unter Druck gesetzt, die im politischen Spektrum auch linke Milieus ansprachen und die Wachstumsorientierung und Industriepolitik des Landes in Frage stellen. Die **FPÖ unter Jörg Haider** entwickelte sich zunehmend zu einem Faktor und verstand es, die Regierung vor sich herzutreiben. Sie **kanalisierte Ängste und Erfahrungen des sozialen Abstiegs**, indem sie in „den Ausländern“ die angeblich Schuldigen der Lage sah und gegen diese mobilisierte. Als die Koalition mit restriktiverer Asyl- und Zuwanderungspolitik den Themen der FPÖ nachzukommen trachtete, beförderte sie den Aufstieg des Ausländerthemas zusätzlich. Die FPÖ reüssierte auch mit dem Thema der Privilegien politischer FunktionärInnen, die Haider auf „Taferln“ im Fernsehen zu präsentieren pflegte. Haider präsentierte sich dabei als Vertreter des „kleinen Mannes“ gegen die „Bonzen“. Bis zur Nationalratswahl 1999 konnte die FPÖ damit einen kontinuierlichen Aufstieg verzeichnen.

Unter dem politischen Druck und der ideologischen Verunsicherung entwickelte sich die Ablehnung der FPÖ zu einem Pfeiler der Ausrichtung der SPÖ. Vranitzky war stets ein prinzipienfester Antifaschist und davon überzeugt, dass die gegenwärtigen Entwicklungen eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit erforderlich machen – einerseits aufgrund der Waldheim-Affäre, andererseits aufgrund des Aufstiegs der FPÖ, die sich rechtsextrem äußerte und mit dem Nationalsozialismus offen kokettierte. Die öffentliche Debatte im Gedenkjahr 1988 (50 Jahre zuvor ereignete sich der „Anschluss“) unterstützte diesen Eindruck.

Nach der Nationalratswahl 1990, bei der die SPÖ ihr Ergebnis hielt (42,78 %, minus 0,33 %), widmete sich Vranitzky der **Korrektur der Vergangenheitspolitik**. In einer Rede im Nationalrat im Juli 1991 relativierte er die (bis dahin offiziell vertretene) These, wonach Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei und bekannte die Mitschuld von ÖsterreicherInnen am Zweiten

7 Wiederauflage der Großen Koalition 1986–1999

Weltkrieg und am Holocaust. Die Rede fand im unmittelbaren zeitlichen Kontext eines Skandals von Haider statt: Haider, der zu diesem Zeitpunkt seit 1989 mit Unterstützung der ÖVP Landeshauptmann von Kärnten war, lobte im Juni 1991 die Beschäftigungspolitik des Dritten Reichs (die auf Kriegsrüstung, Zwangsarbeit sowie rassistischer Ausgrenzung und Ermordung beruhte). Auf Druck der SPÖ wurde Haider daraufhin das Misstrauen ausgesprochen, womit er seines Amtes enthoben wurde und aus Kärnten wieder in die Bundespolitik zurückkehrte. Es sollte jedenfalls nicht die letzte Äußerung Haiders in diese Richtung bleiben, war er doch dem rechtsextremen Flügel der FPÖ stark verpflichtet. Für die Aufarbeitung der Vergangenheit war auch **Vranitzkys Rede 1993 in Israel** von Bedeutung, in der er die Opfer des Nationalsozialismus im Namen der Republik um Verzeihung bat. Dieses Bekenntnis bekräftigte auch den politischen Willen, dem Rechtsextremismus und dem Rassismus entschieden entgegenzutreten.



Franz Vranitzky (*1937) war Bundeskanzler von 1986 bis 1997 und führte eine Große Koalition zu einer Zeit an, als die Sozialdemokratie europaweit in einer Schwächephase war. In Vranitzkys Zeit fallen die Korrektur des offiziellen Geschichtsbilds über den Nationalsozialismus sowie der EU-Beitritt Österreichs 1995.

Vranitzkys eindeutige Positionierung gegenüber der FPÖ und auch seine Auftritte auf dem internationalen Parkett, die er auch aufgrund von Waldheims internationaler Isolation absolvierte, waren für das relativ gute Abschneiden bei der Wahl 1990 sicherlich wichtige Ursachen. Die ÖVP dagegen fuhr 1990 schwere Verluste ein (32,07 %, minus 9,22 %), da sie zwischen SPÖ und FPÖ aufgegeben wurde. Umso überraschender und für die SPÖ enttäuschender war es daher, dass die **Bundespräsidentchaftswahl 1992** wieder zugunsten eines ÖVP-Kandidaten ausging: **Thomas Klestil** gewann mit 56,9 % deutlich. Klestil wollte seine Rolle aktiver anlegen und kam deswegen in Konflikte mit Vranitzky, der das weitreichende Amtsverständnis Klestils zu beschränken wusste. 1998 wurde Klestil dann als gemeinsamer Kandidat der Koalition ins Rennen geschickt.

Die rassistische Politik der **FPÖ** blieb weiterhin bestimmend: 1993 initiierte die FPÖ ihr „Österreich zuerst“ genanntes **Anti-Ausländer-Volksbegehren**. Es konnte 416.531 Unterschriften erzielen (7,3 % der Wahlberechtigten) und heizte die Debatte über „die Ausländer“ weiter an. Die FPÖ sah es nicht als Erfolg, da sie mit dem dreifachen Aufkommen an Unterschriften rechnete. Gegen das Volksbegehren richtete sich die bis dahin größte Demonstration Österreichs: Am aus der Zivilgesellschaft organisierten **„Lichtermeer“** wandten sich 300.000 Menschen gegen Rassismus. Der liberale Flügel der FPÖ spaltete sich daraufhin ab und formierte von da an die fünfte parlamentarische Partei unter Heide Schmidt, das **„LIF – Liberale Forum“** (das 1999 wieder von der Bühne verschwand).

Als größter Erfolg der Großen Koalition kann der **EU-Beitritt Österreichs 1995** bezeichnet werden. Über alle Unstimmigkeiten hinweg bildete die Perspektive der EU-Mitgliedschaft ein einendes Projekt, das die Große Koalition stabilisierte. Auf Seiten der SPÖ wurde im Binnenmarkt eine neue Möglichkeit gesehen, mittels Investitionen die Beschäftigung anzukurbeln, auch wenn dies mit einer „Modernisierung“ von Sozialstaatlichkeit erkaufte werden müsste. Das Versprechen auf Wachstum und Beschäftigungseffekte konnte die Einheit der Partei sicherstellen und auch die Bedenken aus den Gewerkschaften über die neoliberale Ausgestaltung von Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion befrieden. Mit Argumenten wie diesen änderte die SPÖ ihre vormals eher kritische Einstellung

Wiederauflage der Großen 7 Koalition 1986–1999

zur EU unter Vranitzky deutlich und spiegelte damit Debatten wie sie auch in anderen sozialdemokratischen Parteien Europas stattfanden. Auch in der ÖVP richtete das Beitrittsprojekt die Parteiflügel auf die Große Koalition aus und ließ kritische Stimmen verstummen, die lieber mit der FPÖ koalieren wollten (Alois Mock wurden solche Pläne 1986 zugesprochen). Eine Regierung mit Beteiligung der Haider-FPÖ hätte einem EU-Beitritt sicherlich deutliche Dämpfer verpasst und wäre damals nicht auf die Zustimmung relevanter Mitgliedsländer oder auch Kapitalgruppen in Österreich gestoßen. Dabei war die FPÖ ursprünglich der EU gar nicht abgeneigt, sah man in ihr lange Zeit eine Möglichkeit der Aussöhnung mit den Gewinnern des Zweiten Weltkriegs. Im Rahmen der Beitrittsdebatte wurde sie dann aber zur Speerspitze der EU-Ablehnung, während alle anderen Parteien den Beitritt befürworteten (die Grünen änderten ihre anfangs ablehnende Haltung allerdings erst nach der Volksabstimmung).

Die wachsende positive öffentliche Meinung zur EU hatte sicherlich auch damit zu tun, dass im Beitrittsgesuch 1989 an Brüssel, auf das sich die Regierung verständigte, das populäre Gebot der österreichischen Neutralität verankert wurde. Verhandlungen über den Beitritt wurden dann 1993 aufgenommen und konnten 1994 abgeschlossen werden. Heikle Themen betrafen die Ausweitung des Marktprinzips auf wirtschaftliche Aktivitäten, die zuvor unter staatlicher Kontrolle standen (wie etwa die Monopole auf Salz, Zucker oder Tabakwaren oder die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen). Die öffentliche Debatte drehte sich aber weniger um Fragen des Binnenmarktes (von dem die österreichische Wirtschaftsentwicklung insgesamt zweifellos profitierte) und seine Ausrichtung (die bis heute auch mit Skepsis gesehen wird) als vielmehr um die Frage, ob Österreich auf Provinzialismus oder Weltoffenheit setzen sollte. Es folgte eine Volksabstimmung über den Beitritt, die mit 66,6% eindeutig für die EU-Mitgliedschaft Österreichs ausging. Die Mitgliedschaft in der EU startete mit 1. Jänner 1995.

Nach dem positiven Ausgang der Volksabstimmung im Juni ging die Regierung im Oktober in **Nationalratswahlen**. Für die Regierungsparteien war sie kein Erfolg. Die SPÖ verlor (34,92%, minus 7,86%), blieb aber vor der ÖVP (27,67%, minus 4,4%). **Die FPÖ legte stark zu** (22,5%, plus 5,86%) und Grüne (7,31%)

und LIF (5,96 %, erster Antritt) machten sich bemerkbar. Die Wahlbeteiligung sank ab. Ursache für das Ergebnis war nicht einfach nur die Dominanz des Ausländerthemas, das Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik überdeckte, sondern auch **Erschöpfungserscheinungen der Großen Koalition**. Nach der Wahl bildete sich eine neue Große Koalition, die entlang einer Budgetdebatte ein Kräftemessen über das Ausmaß von Einsparungen veranstaltete. Zwischenzeitlich wurde die ÖVP von Wolfgang Schüssel übernommen, der kein Großkoalitionär war und die Koalition aufkündigen wollte. Ihm wird zugeschrieben, er hätte die Regierung 1995 gerne zugunsten eines fliegenden Wechsels zu einer Koalition aus ÖVP und FPÖ verlassen wollen, woran ihn Klestil hinderte. Der Budgetstreit bot für Schüssel nun eine Gelegenheit, die Koalition aufzukündigen und in Neuwahlen zu gehen.

Die **Neuwahlen** wurden zu einer **Abstimmung über ein Sparpaket** (das etwa massive Pensionskürzungen bedeutet hätte) und führten zu einer Polarisierung, bei der die SPÖ bei steigender Wahlbeteiligung auf Kosten der kleinen Parteien dazugewinnen konnte (38,06 %, plus 3,14 %) während die ÖVP stagnierte (28,29 %, plus 0,62 %). Die ÖVP kehrte nach dieser Wahl widerwillig in die Große Koalition zurück. Für Vranitzky sollte es die letzte Amtszeit werden. Nach einer Regierungsumbildung mit jüngeren Frontpersonen trat er im Jänner 1997 zurück und übergab an seinen dynamischen Finanzminister Viktor Klima, einen früheren Manager aus der OMV, der zuerst als Verkehrsminister und ab 1996 als Finanzminister fungierte.

Die Amtszeit von Vranitzky war eine Zeit der Kontinuität inmitten von Umbrüchen. Auch wenn die SPÖ bei den Wahlen abbaute, blieb sie unangefochten bei vier Wahlen (1986, 1990, 1994 und 1995) auf dem ersten Platz. Dies muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die 1980er- und 1990er-Jahre international die Jahre des Neokonservatismus und Neoliberalismus waren, in denen nur wenige sozialdemokratische Parteien Erfolge erzielen konnten und in den meisten europäischen Kernländern abgemeldet waren. An Vranitzky scheiterten drei fähige Obmänner der ÖVP: Alois Mock, Josef Riegler und Erhard Busek. Sie alle versuchten mit unterschiedlichen Ausrichtungen die politische Oberhand

Wiederauflage der Großen

7 Koalition 1986–1999

zu gewinnen, mussten aber aufgeben. Zugleich entsprach Vranitzkys Pragmatismus der Entwicklung von Parteien in Richtung der entideologisierten Wahlkampfmaschinen, in denen der Spitzenkandidat mehr zählt als das Programm. Vranitzky wurde zu dieser Zeit der Spruch „Wer Visionen hat, braucht einen Arzt“ zugeschrieben. Für den Sager gibt es keine stichhaltigen Quellen, er traf aber einen wunden Punkt: **Das Fehlen von sozialdemokratischen Visionen wurde zunehmend zum Problem.**

Unter Vranitzky bemühte sich die Partei um eine Anpassung an die neuen Zeiten. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts änderte die Partei ihren Namen und nannte sich nun sozialdemokratisch statt sozialistisch, weil man den „Sozialismus“ als diskreditiert verstand. Das Logo der Partei wurde mit der EU-Fahne unterlegt, worin manche ein Bekenntnis zum Internationalismus, andere ein Bekenntnis zum Binnenmarkt sahen. Diese symbolischen Schritte blieben vorerst Einzelmaßnahmen ohne erkennbares Gesamtkonzept. Das alte Parteiprogramm aus Kreiskys Zeiten schien in den 1990er-Jahren jedenfalls zunehmend nicht mehr mit der politischen Praxis übereinzustimmen. Ein **Programmprozess** wurde einberufen und dann 1998 unter dem Nachfolger Klima zu einem Abschluss gebracht.

Das neue Programm schloss ideologisch an den Kurs an, den Tony Blair in Großbritannien und Gerhard Schröder in Deutschland vorgaben. Beide brachten ihre Parteien 1997 bzw. 1998 nach langen Oppositionszeiten wieder an die Macht. Ihr Kurs versuchte einen „**Dritten Weg**“ zwischen keynesianischem Staatsinterventionismus und Neoliberalismus einzuschlagen, der weitaus weniger kritisch gegenüber den Märkten war und die Globalisierung als Chance betrachtete. Sozialstaatlichkeit müsse modernisiert und staatliche Strukturen stärker an die Erfordernisse der neuen Zeiten angepasst werden. Damit orientierte sich nun die Programmatik nachholend an der politischen Praxis des Neoliberalismus, der man sich angepasst hatte. Die Anpassung war aber eine, die am Wohlfahrtsstaat festhielt und daher im Gegensatz zum Neoliberalismus die sozialen Risiken absichern, Armut bekämpfen und allgemeinen Wohlstand schaffen wollte. Nichtsdestotrotz tat sich eine Spannung zwischen sozialer Gerechtigkeit und der För-

derung der wirtschaftlichen Dynamik auf. Das neue Programm löste daher die ideologische Verunsicherung nur bedingt und war in Bezug auf ein politisches Projekt vage.



Viktor Klima (*1947) übernahm den Parteivorsitz und das Bundeskanzleramt von Vranitzky. Er versuchte, die Große Koalition mit einer Regierungsumbildung zu erneuern und die Partei in einer Hinwendung zum „Dritten Weg“ zu modernisieren.

Viktor Klimas Zeit als Bundeskanzler war geprägt von der EU-Präsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998, die beide Regierungsparteien medial für politische Auftritte nutzten. Das Wahljahr 1999 wurde von einer Neutralitätsdebatte bestimmt: Dabei verteidigte die SPÖ das Neutralitätsgebot gegen die Aufweichungsbemühungen der ÖVP, die auf einen NATO-Beitritt schielte. Eine Steuerreform im selben Jahr brachte eine geringfügige Entlastung bei Lohnsteuern und erhöhte die Kinderbeihilfen, entwickelte sich aber nicht zu einer großen Reform, wie angedacht. Mit dem tragischen Tod von Marcus Omofuma, der bei einer Abschiebung aus Österreich im Mai 1999 verstarb, da ihm Exekutivbeamte den Mund verklebt hatten, wurde das „Ausländerthema“ wieder dominant. Innenminister Schlögl (SPÖ) übernahm die politische Verantwortung, musste zurücktreten und wurde aus der Zivilgesellschaft für die inhumane Asylpolitik gescholten. Jörg Haider konnte den Vorfall für eine neuerliche rassistische Mobi-

Wiederauflage der Großen 7 Koalition 1986–1999

lisierung nutzen. Die SPÖ setzte im Wahlkampf auf ihre Identität als Partei einer europaweit erfolgreichen Parteienfamilie. Klima wurde im Trio mit Blair und Schröder unter dem Slogan „Gemeinsam in ein neues Europa“ plakatiert. Mit seiner unverbrauchten und dynamischen Art wurde er in einem professionellen politischen Marketing als Staatsmann und Manager präsentiert. Die Rolle war auf Klima bestens zugeschnitten. In der Wahl sollte sich die Strategie dennoch nicht als erfolgreich erweisen.

Mitgliederstärke der SPÖ			
Jahr	Mitglieder	Organisationsgrad (im Verhältnis zur jeweils letzten Wahl)	
		% von SPÖ- WählerInnen	% von Wahl- berechtigten
1945	357.818	24,94 %	10,37 %
1950	607.283	37,41 %	13,83 %
1955	691.150	38,01 %	15,07 %
1960	727.265	37,22 %	15,48 %
1965	707.972	36,11 %	14,73 %
1970	719.389	32,17 %	14,26 %
1975	693.156	29,80 %	13,81 %
1979	721.262	29,89 %	13,91 %
1985	685.588	29,65 %	12,90 %
1990	597.426	29,68 %	10,61 %
1995	487.597	26,45 %	8,45 %
1999	384.328	25,08 %	6,58 %
2005	301.251	16,81 %	5,10 %
2009	243.462	17,02 %	3,84 %
2013	205.224	16,31 %	3,21 %
2017	180.000	13,22 %	2,81 %

Quelle: Eigene Berechnung basierend auf Daten von SPÖ und BMI

Auszüge aus dem Parteiprogramm von 1998

Die neue Programmatik versuchte, einen Mittelweg zwischen Akzeptanz der neoliberalen Globalisierung und Sicherung des Wohlfahrtsstaates zu finden.

„Der gesellschaftliche Fortschritt, für den die Sozialdemokratie steht, muß immer wieder neu erkämpft werden. Unsere Grundwerte – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität – haben in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels besondere Bedeutung. Die Mittel und Wege ihrer Verwirklichung gestalten wir entsprechend den geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Heute muß die Sozialdemokratie neue Antworten auf die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft und des Kapitals, die wachsende Abhängigkeit aller Märkte und Gesellschaften voneinander, den sich verschärfenden Wettbewerb und die beschleunigte technologische Entwicklung finden, die zur Konsequenz haben, daß mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr Produkte erzeugt werden. Wir streben weiterhin die Überwindung der schwersten und vielfach gesundheitsgefährdenden körperlichen Arbeit durch den Einsatz modernster Technologien an. Unser zentrales Ziel ist freilich das Sichern und Schaffen von bezahlter Erwerbsarbeit, die den Lebensunterhalt sichert und die Chance für ein sinnerfülltes Leben vergrößert. Wir bekennen uns daher zum Recht auf Arbeit.“

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Freiheit jedes und jeder Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung ein. [...] Erst durch Bildung, Information und entsprechende materielle Absicherung können Abhängigkeiten überwunden, Wahlmöglichkeiten geschaffen und damit Freiheit lebbar gemacht werden. [...] Zur Chancengleichheit gehören für uns das Recht auf Arbeit und Bildung sowie gleiche politische und soziale Menschenrechte. Menschen, die schwächer und benachteiligt sind, haben ein Recht auf besondere Unterstützung und Förderung.“

„Die Kräfte des Marktes allein sorgen jedoch nicht für eine gerechte Verteilung. Ungezügelter Märkte lassen vielmehr gefährliche Kapitalkonzentration und neue Monopole entstehen. Deshalb muß dem Markt ein Rahmen gegeben und dort korrigierend eingegriffen werden, wo sich die Kräfte des Marktes gegen Mensch und Umwelt richten.“

8 Opposition unter Schwarz-Blau-Orange 2000–2006

Die Nationalratswahl vom Oktober 1999 brachte für die SPÖ ein zwiespältiges Ergebnis: Zwar konnte sie mit 33,2% (minus 4,91%) stimmen- und mandatsstärkste Kraft bleiben, musste aber in Folge von gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP in Opposition gehen. Anstelle der Großen Koalition formierte sich eine Allianz aus FPÖ (26,914%, plus 5,02%) und ÖVP (26,905%, minus 1,38%). Aus taktischen Gründen verkündete **ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel** zwar, im Falle eines dritten Platzes in Opposition gehen zu wollen, brach dieses Versprechen aber zugunsten einer **Koalition, mit der er einen gesellschaftspolitisch rechtskonservativen und wirtschaftspolitisch neoliberalen Kurs** einschlagen konnte. Die erste Regierungszeit war geprägt von diplomatischen Sanktionen auf EU-Ebene, wo man die Regierungsbeteiligung einer rechtsextremen Partei kritisch beäugte und schmähte, sowie von einigen Pannen, die mit den Schwierigkeiten der FPÖ zu tun hatten, sich auf die Regierungstätigkeit einzustellen und geeignete Personen für die Ressorts zu finden. Für die Gewerkschaften und den sozialpartnerschaftlichen Dialog stellte die Regierung eine besondere Herausforderung dar: Die Regierung verkündete, die Macht der Gewerkschaften und ihren Einfluss zurückdrängen zu wollen und lies auch mit Plänen einer Beschneidung der Arbeiterkammer aufhorchen. Das Regierungsprogramm sah **zahlreiche Belastungen für ArbeitnehmerInnen**, Einschnitte im Sozialsystem, dem Gesundheitssystem und dem Pensionssystem sowie Privatisierungen der verbliebenen Teile der verstaatlichten Industrie (etwa Telekom Austria, Austria Tabak, Voestalpine) vor. Zudem umfasste es starke Eingriffe zur Zurückdrängung der Selbstverwaltung im Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Die Oppositionsrolle stürzte die SPÖ für die erste Zeit in eine tiefe Krise der Selbstbefassung. Dies hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens gab die SPÖ in den langen Koalitionsverhandlungen gegenüber der ÖVP in wesentlichen Politikbereichen nach, was intern dazu führte, dass – trotz mehrheitlicher Zustimmung im Parteivorstand – insbesondere VertreterInnen von Gewerkschaften und Jugendorganisationen dem Koalitionspakt keine Zustimmung erteilen konnten. Rudolf Nürnberger, der damalige FSG-Vorsitzende und Chef der Metallergewerkschaft, betrachtete insbesondere die paktierten Einschnitte im Pensionsrecht als unzumutbar. Für die ÖVP bot die Gegenstimme von Nürnberger einen Anlass, die

Koalition mit dem Hinweis auf fehlende Unterstützung durch die Gewerkschaften abzusagen und Verhandlungen mit der FPÖ einzugehen. Da diese nach sehr kurzer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden konnten, wurde vermutet, dass die ÖVP bereits vorverhandelte und bewusst auf ein Platzen einer Koalition mit der SPÖ hinarbeitete. Die in den Verhandlungen erteilte und weitgehende Zustimmung zu einigen Einschnitten im Wohlfahrtsstaat brachte die SPÖ in eine unangenehme Situation. Zweitens war die SPÖ durch den zuvor eingeschlagenen Kurs der Entideologisierung und Ausrichtung auf den von Tony Blair im Vereinigten Königreich und Gerhard Schröder in Deutschland verfolgten „Dritten Weg“ in keiner geeigneten Verfassung, rasch ein alternatives Programm der Thematisierung der sozialen Frage im Sinne der arbeitenden Bevölkerung zu entwickeln. Die vom neuen Parteivorsitzenden Alfred Gusenbauer vorgebrachte **Vision der „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“**, die durchaus als Alternative zum Neoliberalismus gedacht war, schien die Partei nach innen wie außen kaum nach vorne zu bringen. Vielmehr schien sie in der politischen Ausrichtung sowie der Wertehaltung Widersprüche zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung zu ignorieren. Die Vision verschwand zusehends aus der medialen Kommunikation. Die Positionsfindung und Einfindung in die Oppositionsrolle sollte einige Zeit andauern.

Die erste Zeit war vor allem von personellen Änderungen gezeichnet. **Gusenbauer, der neue Parteivorsitzende**, vormals Funktionär der AK Niederösterreich, war ein Kompromisskandidat zwischen einem gesellschaftspolitisch sozialkonservativen und einem gesellschaftspolitisch progressiven Flügel. Seine Auftritte überzeugten medial und konnten den beginnenden Richtungsstreit, der sich in der Partei abzeichnete, auf das gemeinsame Parteiziel der Kritik der schwarz-blauen Regierung und der Wiedererlangung von Regierungsmacht erfolgreich verschieben.

Während der Zeit der ersten schwarz-blauen Regierung zwischen 2000 und 2002 konnten unter Gusenbauer im Wesentlichen drei Dinge erreicht werden: Erstens gelang es, die Parteifinanzen, die von einem hohen Schuldenberg belastet waren, zu sanieren und die Parteiorganisation kampagnenfähig auszurichten.

8 Opposition unter Schwarz-Blau-Orange 2000–2006



Alfred Gusenbauer (*1960) führte die SPÖ in die Opposition und konnte sie 2006 wieder auf den ersten Platz bringen. Als Bundeskanzler einer neuen Großen Koalition (2007-2008) waren ihm kaum Erfolge vergönnt.

Dies machte sich bei der überraschenden Nationalratswahl 2002 bezahlt. Zweitens initiierte Gusenbauer eine **Debatte über die „braunen Flecken“ der SPÖ**, die den Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten in der Partei betraf. Aus wahltaktischem Pragmatismus und zur Verbesserung der akademischen Personaldecke hatte sich in der Nachkriegszeit auch die SPÖ an der gesellschaftlichen Wiedereingliederung ehemaliger Nazis beteiligt. Gusenbauer bekannte sich zu den Widersprüchen in der Geschichte der SPÖ, die als Partei zwar stets auf dem Boden der Demokratie gestanden ist und den Kampf gegen den Faschismus und Nationalsozialismus geführt, jedoch auch „mitzuverantwortende Fehler“ begangen hat. Sich nüchtern den eigenen dunklen Kapiteln zu stellen, so Gusenbauer, sei eine Bedingung dafür, weiterhin eine klare Positionierung zur NS-Vergangenheit einzunehmen und den Kampf gegen den Faschismus fortzuführen. Die SPÖ war damit die erste Partei, die ihre „braunen Flecken“ aufarbeitete. Bis heute haben weder die ÖVP noch die FPÖ vergleichbare Studien erstellt, die eine Gesamtanalyse des politischen Umgangs mit ehemaligen Nazis aufarbeiten würde. Bei der SPÖ entstanden drei wissenschaftliche und parteiunabhängig erstellte Studien, die komplett veröffentlicht wurden: 2002 wurde die Studie zu „Vermögens-

entzug und Restitution im Bereich der SDAP/SPÖ" präsentiert. 2005 folgten der Bericht des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW) über die Rolle des Bundes sozialdemokratischer AkademikerInnen (BSA) bei der Reintegration von Nazis sowie der Bericht der Historikerkommission des Instituts für Zeitgeschichte über den generellen Umgang der SPÖ mit ehemaligen Nazis („Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg“). Drittens konnte Gusenbauer die SPÖ in der Opposition etablieren. Dabei wurde die „soziale Kälte“ als Bezeichnung für die Regierungspolitik geprägt und die **SPÖ als Gegenpol zu Sozialabbau** positioniert.

Die Nationalratswahl 2002 kam überraschend und hatte mit dem Zerbrechen der Koalition aus FPÖ und ÖVP zu tun. Ursache hierfür war ein Richtungsstreit in der FPÖ: Der Kurs des FPÖ-Regierungsteams unter Susanne Riess-Passer (FPÖ-Obfrau und Vizekanzlerin) wurde von einem Teil der FPÖ, unter Federführung des früheren FPÖ-Obmanns Jörg Haider, als zu liberal beurteilt und die Regierungspolitik als unzumutbar bewertet. Im Zuge eines Treffens in Knittelfeld wurde das Koalitionsabkommen zerrissen und der Parteidefriede aufgekündigt. Als Reaktion traten die FPÖ-MinisterInnen zurück und lösten eine Koalitionskrise aus, die in Neuwahlen mündete. Die SPÖ konzentrierte sich in ihrer Wahlkampagne auf konkrete Politikvorschläge der sozialen Gerechtigkeit und kontrastierte sie mit den Maßnahmen der Regierung – von ausgebliebenen Politiken gegen die steigende Arbeitslosigkeit über Sozialkürzungen (Ambulanzgebühren, Besteuerung der Unfallrenten) bis hin zu neoliberalen Staatsumbau. Mit dem Slogan „Weil der Mensch zählt“ und Vorschlägen für den Ausbau von Kindergartenplätzen und Lehrstellen, für aktive Arbeitsmarktpolitik und dem Eintreten für faire Pensionserhöhungen gelang der SPÖ eine gute Mobilisierung. Am Wahltag konnte die SPÖ 36,51 % (plus 3,36 %) erzielen. Nichtsdestotrotz landete sie auf dem zweiten Platz, da die schwere Niederlage der FPÖ (10,01 %, minus 16,90 %) die ÖVP begünstigte (42,30 %, plus 15,39 %). **Die ÖVP erneuerte die Koalition mit der FPÖ unter neuen Kräfteverhältnissen und einer Neuaufteilung der Ministerien.** Der damalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser verließ die FPÖ, wurde als parteifreier Finanzminister wiederbestellt und näherte sich der ÖVP an (deren Vorsitzender er 2006 fast geworden wäre, hätte sich Wolfgang Schüssel durchgesetzt).

Opposition unter Schwarz-Blau-Orange 2000–2006

Arbeits- und SozialministerInnen der SPÖ nach 1945			Meilensteine
Name	Amtszeit	Regierung(en)	
Johann Böhm	04/1945 bis 12/1945	Renner IV	Aufbau der Sozialpartnerschaft
Karl Maisel	12/1945 bis 01/1956	Figl I–III, Raab I	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz ASVG 1956; Arbeiterurlaubsgesetz; Arbeitslosenfürsorgegesetz
Anton Proksch	01/1956 bis 04/1966	Raab I–IV, Gorbach I–II, Klaus I	Pensionsanpassungsgesetz 1966; Leistungsverbesserungen im ASVG und Einbeziehung der Selbständigen in die Pensions- und Krankenversicherung
Rudolf Häuser	04/1970 bis 09/1976	Kreisky I–III	Arbeitsverfassungsgesetz 1974; Aktive Arbeitsmarktpolitik; Verbesserungen bei Pensionsrecht und Unfallschutz (Einbeziehung von SchülerInnen und StudentInnen); Neugestaltung des Spitalswesens
Gerhard Weißenberg	10/1976 bis 10/1980	Kreisky III–IV	Arbeiter-Abfertigungsgesetz 1979 (Gleichstellung bei der Abfertigung für ArbeiterInnen); Verbesserung Urlaubsrecht (4 Wochen)
Alfred Dallinger	10/1980 bis 02/1989	Kreisky IV, Sinowatz, Vranitzky I–II	Konzepte für eine „Maschinensteuer“ zur Finanzierung des Sozialstaats und für die 35h-Woche; Mitbegründung des Berufsförderungsinstituts BFI; Verbesserung Urlaubsrecht (5 Wochen)
Walter Geppert	03/1989 bis 12/1990	Vranitzky II	Professionalisierung des Arbeitsmarktservice
Josef Hesoun	12/1990 bis 04/1995	Vranitzky III–IV	Einführung des Pflegegeldes; Anrechnung der Kindererziehungszeiten an die Pension
Franz Hums	04/1995 bis 01/1997	Vranitzky IV–V	Einbeziehung von Werkverträgen in die Sozialversicherung
Eleonora Hostasch	01/1997 bis 01/2000	Klima	Einführung der Bildungskarenz; Solidaritätsprämien-Modell zur längeren Beschäftigung von älteren ArbeitnehmerInnen; Einführung der Lehrlingsstiftungen
Erwin Buchinger	01/2007 bis 02/2007	Gusenbauer	Erhöhung des Pflegegeldes; Arbeitslosenversicherung für freie DienstnehmerInnen; Vorbereitung der Mindestsicherung; Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention
Rudolf Hundstorfer	02/2008 bis 01/2016	Faymann I–II	Einführung der Mindestsicherung (BMS); Jugendbeschäftigungsgarantie; expansive Arbeitsmarktpolitik zur Abfederung der Folgen der Wirtschaftskrise nach 2008
Alois Stöger	01/2016 bis 12/2017	Faymann II, Kern	„Aktion 20.000“ zur Bekämpfung der Altersarbeitslosigkeit; Abschaffung des Pflegeregresses

VÖGB/AK-SKRIPTEN

Die Skripten sind eine Alternative und Ergänzung zum VÖGB/AK-Bildungsangebot und werden von ExpertInnen verfasst, didaktisch aufbereitet und laufend aktualisiert.

UNSERE SKRIPTEN UMFASSEN FOLGENDE THEMEN:

- › Arbeitsrecht
- › Sozialrecht
- › Gewerkschaftskunde
- › Praktische Gewerkschaftsarbeit
- › Internationale Gewerkschaftsbewegung
- › Wirtschaft
- › Wirtschaft – Recht – Mitbestimmung
- › Politik und Zeitgeschehen
- › Soziale Kompetenz
- › Humanisierung – Technologie – Umwelt
- › Öffentlichkeitsarbeit

SIE SIND GEEIGNET FÜR:

- › Seminare
- › ReferentInnen
- › Alle, die an gewerkschaftlichen Themen interessiert sind.

Nähere Infos und
kostenlose Bestellung:
www.voegb.at/skripten
E-Mail: skripten@voegb.at
Adresse:
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien
Tel.: 01/534 44-39244



Die Skripten gibt es hier zum Download:



www.voegb.at/skripten

Leseempfehlung:
Reihe Zeitgeschichte und Politik



8 Opposition unter Schwarz-Blau-Orange 2000–2006

Die zweite schwarz-blaue Regierung war weiterhin vom Konflikt in der FPÖ geprägt. Er wurde durch eine **Parteisplaltung 2005** gelöst: Die Regierungstruppe der FPÖ spaltete sich als „**Bündnis Zukunft Österreich**“ (**BZÖ**) ab; die Regierung wechselte ihre Farbe von Schwarz-Blau zu Schwarz-Orange. Unter Jörg Haider's Parteiobmannschaft war das BZÖ bis zu dessen Unfalltod ein Faktor der österreichischen Politik und verschwand dann von der Bildfläche. Die Regierungspolitik von Schwarz-Blau/Orange war vor allem von der **Pensionsreform 2003** gezeichnet. Ohne Konsultation der Sozialpartner und gegen Proteste von Gewerkschaften, Opposition und Zivilgesellschaft bestand die Reform aus einer schrittweisen Abschaffung der vorzeitigen Alterspension (Frühpension) und der Ausweitung des Bemessungszeitraums der Pensionshöhe auf 40 Jahre (vormals betraf er die besten 15 Jahre einer Berufstätigkeit), wodurch sich die Pensionshöhe für spätere Generationen deutlich verringerte. Der ÖGB rief damals einen Streik gegen die Pensionsreform aus, an dem sich mehr als eine Million Beschäftigte beteiligten. An einer Großdemonstration des ÖGB in Wien nahmen 200.000 Menschen teil. Die Pensionsreform wurde regelrecht durchgepeitscht: Die demokratiepolitisch bedenkliche verkürzte parlamentarische Begutachtungszeit erlaubte keine seriöse Debatte. Die Konfrontationsbereitschaft der Regierung und ihre Aufkündigung des sozialpartnerschaftlichen Dialogs markierten das neue Politikverständnis besonders deutlich. Trotz Streik und Protesten konnte die Pensionsreform nicht gestoppt werden. Sie wirkt bis heute nach. Von ihrem Erfolg gestärkt, widmete sich die Regierung im selben Jahr der **Zerschlagung der ÖBB in mehrere Teilgesellschaften**.

Die SPÖ unterstützte die Kampfmaßnahmen, kritisierte die unternehmensfreundliche Politik der Regierung und brachte alternative Vorschläge für eine Pensionsreform (und auch eine Gesundheitsreform) auf, die auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen fokussierte. Im Allgemeinen näherte sich die SPÖ den Positionen von Gewerkschaften und Arbeiterkammer in dieser Phase wieder an. Die Ende der 1990er-Jahre eingesetzte Entfremdung wurde damit aufgehoben. Dies hatte auch damit zu tun, dass die SPÖ in der Opposition auf die fachliche Expertise und die personellen Ressourcen im ÖGB und der Arbeiterkammer stärker angewiesen war und sich daher korrektiv auf die Parteilinie auswirkten. Auch konnte die SPÖ

von der Stärkung der FSG bei den Arbeiterkammerwahlen 2000 (57,5 %, plus 3,2 %) und 2004 (64,4 %, plus 5,9 %) profitieren.

Die Oppositionsrolle war, wie vielfach bemerkt wurde, auf die SPÖ nicht gerade zugeschnitten. Auf parlamentarischer Ebene war sie von Gestaltungsmacht ausgeschlossen und musste sich nun in neuer und ungewohnter Weise in den politischen Kampf und medialen Diskurs einbringen. Die Entwicklung einer klaren Linie in Form eines visionären politischen Projekts war angesichts vergangener Zusammenarbeiten mit der ÖVP und der Entideologisierung schwierig. Sie gelang mühsam durch Kontrastierung der „sozialen Kälte“ der Regierung mit einer Politik im Sinne der arbeitenden Bevölkerung. Erst als die SPÖ mit dieser politischen Identität punkten konnte, gelang ihr eine effektive Oppositionsarbeit. Die unpopulären Maßnahmen der Bundesregierung und der Oppositionskurs verhalfen der SPÖ bei Wahlen auf der Länderebene zu Erfolgen, teilweise sogar zu sehr großen Zugewinnen. Dabei fanden in zwei ÖVP-Kernländern politische Erdbeben statt: **2004 wurde die SPÖ stärkste Kraft in Salzburg** (unter Gabi Burgstaller), **2005 dann in der Steiermark** (unter Franz Voves). Auch die Bundespräsidentenschaftswahl wurde zum Erfolg: Der SPÖ-Kandidat **Heinz Fischer wurde 2004 mit 52 % der Stimmen gewählt** (und 2010 dann wiedergewählt). Bei der Nationalratswahl 2006 wurde die von der SPÖ aufgebrachte soziale Schiefelage zum entscheidenden Feld der Wahlauseinandersetzung. An der klaren und konsequenten **Kampagne für „neue Fairness“** im Land scheiterte der Wahlkampf der Regierungsparteien ÖVP und BZÖ schlussendlich.

Die schwarz-blau-orange Bundesregierung wurde 2006 schließlich abgewählt. Seit ihrer Abwahl beschäftigten sich die österreichischen Gerichte sowie parlamentarische Untersuchungskommissionen mit Vorwürfen über Korruption. Die Speerspitze bilden die Telekom-Affäre über illegale Parteienfinanzierung und die Schmiergeldzahlungen im Rahmen des Verkaufs der Wohnungen der BUWOG, der Übersiedlung der Finanzlandesdirektion Oberösterreich in den Terminal Linz Tower sowie des Ankaufs der Eurofighter. Viele Urteilsprüche sind bereits gefällt; einige Prozesse werden immer noch verhandelt.

Die Großen Koalitionen

9 2006–2017

Die **Nationalratswahl im Oktober 2006** veränderte die Kräfteverhältnisse im politischen Spektrum deutlich: Nach einer Wahlniederlage der ÖVP (34,33 %, minus 7,97 %) war eine neuerliche Koalition mit dem BZÖ (4,11 %) bzw. der FPÖ (11,03 %) rechnerisch nicht mehr möglich. Trotz geringer Verluste erreichte die SPÖ den ersten Platz (35,34 %, minus 1,17 %) und konnte den Anspruch auf den Bundeskanzler in einer Koalition mit der ÖVP durchsetzen. Die Regierungsverhandlungen stellten sich allerdings als außerordentlich schwierig heraus. Die **Neuaufgabe der Großen Koalition** brachte für beide Seiten eine unbefriedigende Situation. Insbesondere in der SPÖ wurden die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen teilweise heftig kritisiert. Einerseits konnten wesentliche Forderungen der SPÖ nicht durchgesetzt werden. Vor allem das Ausbleiben der Abschaffung der Studiengebühren führte bei den SP-Jugendorganisationen VSStÖ und SJ zu Unzufriedenheit und sogar zur Besetzung der SPÖ-Parteizentrale. Medienwirksam legten die damalige ÖH-Vorsitzende Barbara Blaha sowie die Vorsitzende des VSStÖ Sylvia Kuba ihre Parteimitgliedschaften zurück. Symbolisch schwerwiegend war auch, dass der im Wahlkampf aufgebrachte Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag nicht umgesetzt werden konnte. In vielen Politikbereichen (Arbeitsmarktpolitik, Pensionen, Soziales) konnte zudem kein klarer Bruch mit der Politik der schwarz-blau-orangen Regierung erreicht werden. Andererseits erregte auch die Aufteilung der Ministerien innerparteilich Unverständnis, da wesentliche Schlüsselressorts (Finanzen, Äußeres, Inneres, aber auch Arbeit) der ÖVP zufließen.

Die Regierung unter Bundeskanzler Gusenbauer stand nicht nur aufgrund der innerparteilichen Unzufriedenheit unter keinem guten Stern. Auch in der von Wilhelm Molterer geführten ÖVP empfand man die Rolle des Juniorpartners in der Großen Koalition als Demütigung und die Aufgabe der Reformpolitik unter Schüssel, die sich einem neoliberalen Staatsumbau verschrieben hatte, als Niederlage. **Regelmäßige Streitigkeiten in der Koalition** wurden durch sinkende Umfragewerte für beide Parteien weiter verstärkt. Beispielhaft hierfür war die **Debatte um die Erbschafts- und Schenkungssteuer**. Als diese 2007 angesichts eines Rechtsfalls (betreffend Probleme mit dem Gleichheitsgrundsatz) in ihrer bestehenden Form vom Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig erklärt

wurde, befürwortete die SPÖ eine Reparatur des Gesetzes während die ÖVP für ihr Auslaufen eintrat. Die SPÖ argumentierte, dass eine Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen einen wichtigen Beitrag zur Steuergerechtigkeit darstellt, da die Steuerlast in Österreich überwiegend von Arbeitseinkommen und kaum von Vermögen getragen wird. Der Anteil an Vermögenssteuern am Gesamtsteueraufkommen betrug zu diesem Zeitpunkt gerade einmal 1,4 % (aktuell sind es nur mehr 0,5 %). Die ÖVP argumentierte, das Aufkommen der Erbschafts- und Schenkungssteuer sei mit durchschnittlich jährlich bis zu 150 Millionen Euro zu gering, um weitergeführt zu werden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Als Ergebnis lief die Erbschafts- und Schenkungssteuer im August 2008 aus.

Angesichts der Konflikte in der Koalition blieben gesetzliche Meilensteine eher aus. Einig wurde man sich bei einer überraschenden Verlängerung der Legislaturperiode von vormals vier auf nunmehr fünf Jahre sowie bei der **Senkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre**. Positiv anzumerken ist, dass die Regierung 2008 das österreichische Kammersystem und den sozialpartnerschaftlichen Dialog in die Verfassung aufgenommen hat (nachzulesen im B-VG Art. 120a). Dadurch wurden die Möglichkeiten neoliberaler und rechtskonservativer Angriffe auf das Kammersystem, wie sie bis heute immer wieder am Beispiel der Arbeiterkammer diskutiert werden, zumindest dahingehend eingeschränkt, dass Kammern nicht einfach abgeschafft werden können. Für innerparteiliche und gewerkschaftliche Kritik sorgte dafür die von der Regierung aufgebrachte Idee eines Automatismus zur Anhebung des Pensionsantrittsalters: Diesem Vorschlag zufolge sollte das Pensionsantrittsalter schrittweise der steigenden Lebenserwartung angepasst werden, ohne dass hierfür im Nationalrat ein Gesetzgebungsprozess initiiert werden müsste. Die vorgebrachten Argumente bezogen sich auf einseitige und schwarzmalerische Prognosen über angeblich überbordende Kosten des Pensionssystems in der Zukunft, ohne dabei Aspekte der Beschäftigungsentwicklung und der Produktivitätsentwicklung ausreichend zu berücksichtigen. Politikvorschläge dieser Art führten zu einer Zunahme innerer Spannungen über die politische Ausrichtung der SPÖ. **Entfremdungsprozesse zwischen Parteiführung und Funktionsapparat** verstärkten sich, als Gusenbauer die innerparteiliche Kritik als „übliches Gesudere“ abtat.

Die Großen Koalitionen

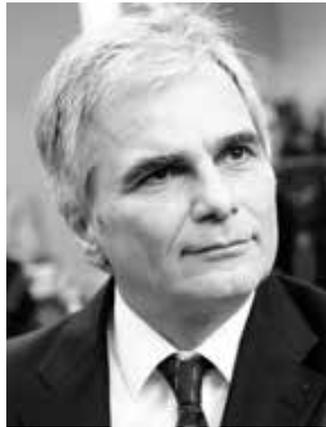
9 2006–2017

Der innerparteiliche Zusammenhalt war unter Gusenbauer bereits durch den Umgang mit dem Skandal um verschleierte Verlustgeschäfte der gewerkschaftseigenen Bank BAWAG auf die Probe gestellt. Das **Hereinbrechen des BAWAG-Skandals** im Vorfeld der Nationalratswahl 2006 führte unter anderem zum Rücktritt des damaligen ÖGB-Chefs Fritz Verzetnitsch und belastete auch die SPÖ durch einen Rückfall in den Umfragen und ein beginnendes „Negative Campaigning“ der ÖVP, demzufolge die SPÖ „nicht wirtschaften kann“. Gusenbauer verkündete daraufhin medial die Position, dass einer Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens in den ÖGB am besten dadurch gedient sei, wenn SpitzenvertreterInnen der Gewerkschaften nicht mehr gleichzeitig im Nationalrat auf Listenplätzen der SPÖ vertreten seien. Dementsprechend wurde, entgegen früherer Gewohnheiten, der neue ÖGB-Vorsitzende Rudolf Hundstorfer nicht für einen Listenplatz der SPÖ nominiert und wurden auch Vorsitzende von Teilgewerkschaften von Listen gestrichen. Die Debatte um die Listenerstellung bestimmte das Verhältnis zwischen SPÖ und Gewerkschaften auch über den Wahlkampf hinaus und sorgte für eine dauerhafte Trübung. Als Bundeskanzler verzichtete Gusenbauer bewusst darauf, VertreterInnen der Gewerkschaften in MinisterInnenverantwortung zu setzen.

Als die **innerparteiliche Kritik an Gusenbauer** zunehmend explosive Ausmaße annahm, wurde dieser von Seiten der FSG und der Wiener SPÖ zu einer Trennung der Funktion des SPÖ-Bundesparteivorsitzenden und des Amtes des Bundeskanzlers gedrängt. Im Juni 2008 wurde Werner Faymann, bis dahin Infrastrukturminister, zum geschäftsführenden Vorsitzenden der SPÖ nominiert.

Wenige Wochen später bereits fand die Regierung Gusenbauer ein rasches Ende im Zuge eines Koalitionsstreits. Als Gusenbauer und Faymann eine Änderung der Positionierung der SPÖ zur EU per Leserbrief an den Herausgeber der Kronenzeitung Hans Dichand verkündeten, befand Molterer, dass die Koalition nicht mehr fortgeführt werden könne. Gusenbauer und Faymann vertraten im Leserbrief – durchaus in populistischer Manier – die Meinung, dass relevante Änderungen von EU-Verträgen, sofern sie „die österreichischen Interessen berühren“, zukünftig per Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollten. Hierzu

zählten sie explizit einen (damals keineswegs spruchreifen) Beitritt der Türkei zur EU. Molterer konterte die Idee mit den berühmt gewordenen Worten „Es reicht!“, nahm sie zum Anlass, die Koalition aufzukündigen und schlug Neuwahlen vor, die Ende September 2008 stattfanden. Vor Beginn des Wahlkampfes wurde **Faymann** als **Spitzenkandidat der SPÖ** nominiert.



Werner Faymann (geboren 1960) war von 2008 bis 2016 Parteivorsitzender und Bundeskanzler. Die von ihm angeführte Große Koalition konnte Österreich gut durch die Wirtschaftskrise ab 2008 steuern und die Partei mit dem Thema der Verteilungsgerechtigkeit positionieren.

Da die Ausgangssituation für die ÖVP sehr positiv wirkte, setzte diese auf eine Rückkehr zu einem gesellschaftspolitisch rechtskonservativen und wirtschaftspolitisch neoliberalen Kurs, wie er bereits für die Obmannschaft unter Schüssel charakteristisch war. Die SPÖ dagegen konnte erst mühsam Tritt fassen und nutzte geschickt den koalitionsfreien Raum im September 2008, um im Parlament das „freie Spiel der Kräfte“ in Gang zu setzen. Dabei kombinierte sie einige sozialpolitische Maßnahmen zu einem „Programm gegen die Teuerung“, das als Korrektur zur „sozialen Kälte“ präsentiert wurde. Das Paket umfasste unter anderem die Erhöhung des Pflegegeldes, die Erhöhung der Familienbeihilfe durch Einführung einer 13. Auszahlung, die Verlängerung der Hacklerregelung (Sonder-

Die Großen Koalitionen

9 2006–2017

regelung eines früheren Pensionsantritts nach 45 Beitragsjahren für bestimmte Jahrgänge in bestimmten Branchen) sowie die Abschaffung der Studiengebühren. Bis auf den Vorschlag der Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel konnten diese Maßnahmen in einer Sitzung des Nationalrats mit wechselnden Mehrheiten gegen die ÖVP durchgesetzt werden (wobei die Abschaffung der Studiengebühren auf Studierende mit österreichischer oder EU-StaatsbürgerInnenschaft begrenzt wurde). Es sind vor allem diese (mitunter auch von Gewerkschaftsseite lange eingebrachten) Maßnahmen, die der SPÖ bei der Wahl 2008 in einer unerwarteten Aufholjagd gegenüber den Umfragen trotz harter Verluste (29,3 %, minus 6 %) den ersten Platz sicherstellten.

Neben der **Behauptung der Kanzlerposition** gelang der SPÖ unter Faymann zweierlei: Erstens konnte sie im Wahlkampf konkrete Maßnahmen der sozialen Gerechtigkeit aufzeigen und durchsetzen, die eine finanzielle Verbesserung für die arbeitende Bevölkerung bedeuteten. Dadurch konnte sie eine politische Identität entwickeln, die nicht allein auf der Abgrenzung vom politischen Gegner beruhte. Zweitens wurde die **innerparteiliche Einheit wieder partiell hergestellt**, insbesondere durch ein größeres Naheverhältnis zum Gewerkschaftsflügel. Dies wurde auch dadurch untermauert, dass Faymann zwei Gewerkschafter in die Regierung holte: Rudolf Hundstorfer wurde zum Minister für Soziales und Konsumentenschutz bestellt (und legte daraufhin seine Funktion als ÖGB-Chef zurück); Alois Stöger, Gewerkschaftsfunktionär und Chef der OÖGKK, wurde zum Gesundheitsminister bestellt.

Die SPÖ trat mit neuer Schlagkraft und Zuversicht in eine Verlängerung der Großen Koalition mit der ÖVP ein. **Aber auch die Große Koalition erneuerte sich.** Bei der ÖVP übernahm mit Josef Pröll ein neuer Obmann, der gesellschaftspolitisch liberaler und augenscheinlich sozialpartnerschaftlicher orientiert war. Unter dem Eindruck der **Finanz- und Wirtschaftskrise 2008** hatte die Regierung zudem ein gemeinsames Projekt in der Abwendung einer harten Rezession. Unter Einbeziehung der Sozialpartner setzte ein Krisenkorporatismus ein, der auf Bankenpaketen (allerdings ohne Gegenleistung einer staatlichen Kontrolle der Banken), Beschäftigungsmaßnahmen (Kurzarbeit, Arbeitsstiftungen und Qualifi-

zierungsmaßnahmen) sowie auf Budgetkonsolidierung (leider jedoch mit nicht ausschließlich positiven Verteilungseffekten) setzte. Aus ArbeitnehmerInnensicht sind die Maßnahmen der Bundesregierung in der Krise durchaus erfolgreich gewesen: Sie konnten die Auswirkungen der Krise einigermaßen abfedern und Schlimmeres verhindern. Dies zeigt sich vor allem an der Arbeitslosenrate, die zwar anstieg, aber viel moderater als in den meisten anderen europäischen Ländern. Die effektive Arbeitsmarktregulierung, ein leistungsfähiges Arbeitsmarktservice und eine funktionierende Sozialpartnerschaft waren die Ursachen dafür, dass Österreich vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist.

Die Regierung setzte auch eine weitere Maßnahme um, die aus Sicht des ÖGB positiv zu bewerten ist: Als Ausgleich für die Bankenpakete der Finanz- und Wirtschaftskrise konnte eine moderate, auf einige Jahre befristete „**Bankenabgabe**“ beschlossen werden. Während sie in Kraft war (von 2011 bis 2017), konnte sie insgesamt vier Milliarden EUR einspielen und damit wenigstens einen Teil der Ausgaben für die Bankenpakete von etwa 14 Milliarden EUR von den Banken – die international die Finanzkrise mitausgelöst haben – zurückholen.

Auf europäischer Ebene begünstigte die konservative Übermacht während der Krisenjahre insgesamt ein Krisenmanagement, das Budgetkonsolidierung und Sparen auf Kosten des Wohlfahrtsstaates (sogenannte Austeritätspolitik) in den Vordergrund rückte und staatlichen Investitionen wenig Spielraum lies. Der 2012 beschlossene **Fiskalpakt** und die darin verankerte **Schuldenbremse**, die Staatsausgaben selbst in Krisenzeiten beschränkt, sind ein Ausdruck dieser Anschauung, die dazu führt, dass die Beschäftigungszahlen sich immer noch nur sehr langsam erholen und die Konjunktur in Europa ausgebremst wurde. Um budgetären Spielraum zu gewinnen und die wachsende soziale Ungleichheit in Österreich zu bekämpfen, bewarb die SPÖ unter Faymann ab 2010 zunehmend **moderate Spitzeneinkommens-, Vermögenszuwachs- und Erbschaftssteuern**. Die SPÖ konnte damit ihre politische Identität als Kraft der Herstellung sozialer Gerechtigkeit festigen und verband steuerpolitische Weichenstellungen mit notwendigen Investitionen im Bereich der sozialen Dienstleistungen, im Wohnbau sowie im Bildungs- und Ausbildungssystem. Da die ÖVP durch diesen Kurs unter

Die Großen Koalitionen

9 2006–2017

Druck gesetzt wurde, setzte in dieser eine Obmanndebatte ein und wurde der von vielen Parteiteilen als zu sozialliberal und zu nachgiebig empfundene Kurs kritisiert. Pröll zog sich im April 2011 aus gesundheitlichen Gründen aus der Politik zurück und wurde durch Michael Spindelegger (ÖAAB, bis dahin Außenminister) als Parteiobmann und Vizekanzler ersetzt.

Trotz durchaus vorzeigbarer Erfolge hatte die Große Koalition mit Erschöpfungserscheinungen zu kämpfen. Umfragen sagten beiden Koalitionspartnern für die Nationalratswahl 2013 Verluste voraus. Um gegenüber der Koalition geäußerten Vorwürfen politischer Abgehobenheit das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, einigte man sich im Vorfeld der Nationalratswahl auf eine **Volksbefragung zum Thema der allgemeinen Wehrpflicht**. In der SPÖ macht sich bereits im Zuge des Wiener Wahlkampfes 2010 eine Positionsänderung zur Wehrpflicht bemerkbar. Bürgermeister Michael Häupl brachte die Idee auf, die Wehrpflicht zugunsten eines Berufsheeres abzuschaffen und den Zivildienst in ein freiwilliges soziales Jahr umzuwandeln. Das Thema wurde von Faymann aufgegriffen und eine (rechtlich zwar unverbindliche, aber politisch von der Koalition als verbindend gesehene) Volksbefragung – die erste in Österreich – für den Jänner 2013 anberaumt. War die SPÖ während der Zeit der Zweiten Republik stets Anhängerin der Wehrpflicht (mit dem Argument, dass die Wehrpflicht eine demokratiepolitische Sicherung gegenüber Versuchen einer autoritären Machtübernahme sei), wechselte sie nun ihre Position. Ebenso wechselte die ÖVP, aus der stets Stimmen für ein Berufsheer und einen NATO-Beitritt zu vernehmen waren, ihre Position und empfahl, ein Berufsheer abzulehnen. Die Abstimmung ging bei einer Beteiligung von etwa 52 % klar für die Beibehaltung des bis dahin geltenden Zustandes aus (59,7 % zu 40,3 %).

In der Wahlauseinandersetzung bemühten sich die beiden Parteien um eine klarere Konturierung ihres Profils. Während sich dies in der ÖVP durch Vorschläge einer „Entfesselung der Wirtschaft“ ausdrückte (Rückbau des Wohlfahrtsstaats, Entbürokratisierung für Unternehmen und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse), setzte die SPÖ auf Mobilisierung ihrer WählerInnenschaft mittels des Themas der Steuergerechtigkeit. Zwischenzeitlich zeigte die Sozialforschung auf, dass

die Ungleichheit bei Vermögen in Österreich sehr stark zugenommen hat: **Die obersten zehn Prozent der Haushalte in Österreich hielten etwa 54 % des Geldvermögens und 61 % des Immobilienvermögens.** Neben der Verteilungsgerechtigkeit waren auch leistbares Wohnen und faire Löhne Themen der SPÖ-Kampagne. Schlussendlich konnte die SPÖ weiterhin den ersten Platz verteidigen, fuhr aber Verluste ein (26,82 %, minus 2,44 %). Auch die ÖVP verlor (23,99 %, minus 1,99 %). Nachdem beide Parteien die schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschichte erhielten, bemühten sich die Parteien in einer Neuauflage der Großen Koalition um strahlkräftige gemeinsame Projekte. In der ÖVP trat Spindelegger zugunsten von **Reinhold Mitterlehner** (ÖVP-Wirtschaftsbund, bis dahin Wirtschafts- und Wissenschaftsminister) zurück.

Als zentralste Maßnahme der **Regierung Faymann II** kann die **Lohnsteuerreform** 2015 gelten. Hierbei unterstützte die SPÖ wesentliche Forderungen des ÖGB, niedrige und mittlere Einkommen über eine Senkung der Lohnsteuergrenzen zu entlasten. Die Steuerprogression wurde ausgeweitet auf nunmehr sechs Steuerklassen – darunter wurde der Eingangssteuersatz von 36,5 % auf 25 % ab 11.000 EUR gesenkt, ein zweiter Steuersatz bei 35 % für Einkommen zwischen 18.000 EUR und 31.000 EUR eingeführt, die nächsten Steuersätze (42 % bzw. 48 %) auf Einkommen ab 31.000 EUR bzw. 60.000 EUR angesetzt und Steuersätze für Spitzeneinkommen ab 90.000 EUR (50 %) und einer Million EUR (55 %) eingeführt. Für mittlere Einkommen von 2.100 EUR reduzierte sich die Lohnsteuer damit um etwa 30 % und 90 % der Entlastungen betrafen Einkommen unterhalb der Höchstbeitragsgrundlage. Die Beschlusslage erfüllte die Erwartungen des ÖGB größtenteils und stellte die größte Lohnsteuerreform der bis dahin letzten 40 Jahre dar. Die Debatte um eine Gegenfinanzierung der Steuerreform führte jedoch zu einer Pattsituation: Die SPÖ setzte auf vermögensbezogene Steuern, die von der ÖVP jedoch kategorisch abgelehnt wurden. Als Kompromiss wurde die Anhebung einiger weniger vermögensbezogenen Steuern in moderater Form (Anhebung Grunderwerbssteuer sowie der KEST auf Dividenden), die Einführung einer **Registrierkassenpflicht** zur Steuerbetrugsbekämpfung und eine Anhebung der **Mehrwertsteuer auf Kulturgüter von 10 % auf 13 %** vereinbart. Der Rest entfiel auf Effekte der Konjunkturbelebung. Somit war gesichert, dass die Arbeit-

Die Großen Koalitionen

9 2006–2017

nehmerInnen ihre Einkommensentlastung nicht selbst zu tragen hatten, wenngleich eine Gegenfinanzierung mit stärkerer Verteilungswirkung wirtschaftlich sinnvoller, gerechter und politisch wünschenswerter gewesen wäre.

Aus ÖGB-Sicht hat die Regierung Faymann II aber auch weitere wichtige Initiativen gesetzt. Hierzu gehört nicht nur die Debatte über eine europäische Finanztransaktionssteuer, die leider nicht umgesetzt werden konnte, sondern etwa auch die **Ausbildungsgarantie**, die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr einen Ausbildungsplatz sicherstellt. Die hohe Priorität, die in der Arbeitsmarktpolitik der Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen zukommt (duales Ausbildungssystem und spezielle Programme für Jugendliche) ist ein wichtiger Pfeiler der hohen Beschäftigungsquote von Jugendlichen in Österreich. Die Arbeitslosenrate von Jugendlichen (15- bis 24-Jährige) ist in Österreich traditionell am Ende des europäischen Vergleichs.

VertreterInnen des ÖGB bildeten weiterhin wichtige Mitglieder der Regierungsfraktion der SPÖ. Als Rudolf Hundstorfer von der SPÖ zum Bundespräsidentenskandidaten nominiert wurde, wechselte **Alois Stöger** (zwischenzeitlich auch Infrastrukturminister) in das Sozialressort. **Sabine Oberhauser** (ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende) wurde als neue Gesundheitsministerin bestellt. Oberhausers Regierungszeit war nicht nur von ihrem Einsatz für ein Rauchverbot in der Gastronomie und für die Ausweitung von Primärversorgungszentren geprägt, sondern auch von ihrer Krebserkrankung, an deren Folgen sie im Februar 2017 unerwartet verstarb.

Wiewohl unter Faymann das Thema der **Verteilungsgerechtigkeit** die Partei ideologisch zusammenhalten konnte, verlor sie bei Wahlen zunehmend an Rückhalt und litt angesichts mangelnder Kraft der Umsetzung der aufgestellten Forderungen an einem **Glaubwürdigkeitsdefizit**. Von außen wurde der Partei zudem eine Debattenarmut und fehlende Strahlkraft abseits der KernwählerInnenenschaft zugeschrieben. Tatsächlich verzeichnete die SPÖ während der Zeit Faymanns von den stattgefundenen 20 Wahlen bei 18 Verluste. Zunehmende Wahlenthaltung bei Kernwählenden und die **Rückkehr der FPÖ als zentrale Oppositionskraft**, die soziale Missstände, Konkurrenz und Arbeitsdruck auf dem

Arbeitsmarkt rassistisch umdeutet, zeigten das Ausmaß des Glaubwürdigkeitsdefizits der SPÖ auf.

Dieses Defizit führte in der SPÖ zu einer unproduktiven Debatte über das Verhältnis zur FPÖ. Quer durch die Partei (und auch durch die FSG) wurde die These vertreten, die schlechte Performance der SPÖ sei auf das strategische Dilemma fehlender Alternativen zu einer parlamentarischen Mehrheit mit der ÖVP zurückzuführen. Beendete man die Praxis, die FPÖ von der Koalitionsbildung auszuschließen, könnte sich die SPÖ auch wieder gegenüber der ÖVP durchsetzen oder eben mit der FPÖ eine Regierung bilden. Von Seiten der Parteiführung und mit stetem Rückhalt der Mehrheit der ParteifunktionärInnen wurde diese Debatte mit einer moralisch begründeten Frontlinie gegen Koalitionen mit der FPÖ beantwortet. Die zumeist rein mit taktischen Argumenten geführte Debatte konzentrierte sich wenig auf die geringen politischen Überschneidungen zwischen SPÖ und FPÖ – von der Verteilungsgerechtigkeit über Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zu Beschäftigungsmaßnahmen, Arbeitsrecht und natürlich zu Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik – und wurde Ausdruck einer beginnenden **Krise der politischen Identität der Partei**. Entlang der beiden Pole der Debatte polarisierten sich ein progressiv-liberaler Flügel und ein sozialkonservativerer Flügel, insbesondere entlang der Frage der Koalitionsbildung der SPÖ und der FPÖ im Burgenland. Als Faymann, der im Rahmen der **Flüchtlingsbewegungen ab dem Sommer 2015** immer eine progressive Position einnahm, Anfang 2016 eine Positionsänderung (rund um die Debatte von Flüchtlings-„Obergrenzen“ und Grenzkontrollen) verkündete, zerbrach der innerparteiliche Zusammenhalt und die Flügel gerieten in offene Auseinandersetzungen. Faymann gab mangels Unterstützung in den Gremien seine Funktion auf.

Mit **Christian Kern als Nachfolger** wurde auf eine neue Führungsfigur gesetzt, die in der Lage war, die Konflikte in der Partei zu überwinden und zugleich die Große Koalition zu erneuern. Er begeisterte die Partei mit Eloquenz und Tatendrang, neuen Ideen über „unternehmerische Staatlichkeit“, staatlichen Investitionen zur Wirtschaftsankurbelung und dem Vorschlag, den Wohlfahrtsstaat mit einer Wertschöpfungsabgabe zu finanzieren. Er entwickelte ein, nach den Regeln

Die Großen Koalitionen

9

2006–2017

der PR gut vermarktetes Programm namens „**Plan A**“, das mit Investitionen und Entbürokratisierungen Unternehmensgründungen, Wachstum und Beschäftigung fördern sollte. Als Gegenleistung für die Erneuerung der Großen Koalition kam Kern der ÖVP mit einem weitgehenden Verzicht auf das Thema der Erbschafts- und Vermögenssteuern sowie mit einem Konzept über die Flexibilisierung der Arbeitszeiten entgegen. Kern löste die Konflikte in der Partei auch dadurch, indem er die Parteiflügel eher auf Distanz hielt – darunter auch die Gewerkschaften – und auf externe Persönlichkeiten für Regierungspositionen setzte.



Christian Kern (geboren 1966) übernahm die Partei nach Faymanns Rücktritt und war Bundeskanzler von 2016 bis 2017. Sein Erneuerungsversuch der Großen Koalition beruhte auf dem Konzept des „unternehmerischen Staates“, scheiterte aber am Rechtsruck der ÖVP.

Um die Frage der Regierungsperspektive zu klären, wurden ein Kriterienkatalog zur Bewertung von Koalitionsvarianten sowie ein **neues Parteiprogramm** erarbeitet. Beide Papiere waren eher nach innen gerichtet und konnten die Partei damit stabilisieren, formulieren aber gegenüber dem „Plan A“ eher abstrakte Wertebezüge als konkrete Projekte. Mit den Projekten der staatlichen Investitio-

nen und auch der steuerlichen Entlastung von Arbeitseinkommen hätte die Regierung aber eindeutig ein Vorhaben verfolgt, das – trotz einiger Maßnahmen wie der Flexibilisierung der Arbeitszeit – aus Sicht der ArbeitnehmerInnen zu begrüßen ist. Die **Regierung Kern scheiterte schlussendlich jedoch an einer internen Machtübernahme in der ÖVP durch einen Flügel unter Sebastian Kurz**, der die Große Koalition als Sackgasse betrachtete. Mit einer neoliberalen Agenda der Stärkung der Interessen von Vermögensbesitzenden und einer neonationalistischen Orientierung, die in rechtspopulistischer Weise die angeblichen Gefahren der Einwanderung durch Asylsuchende zum zentralen Thema machte, wendete sich die ÖVP einer neuen Machtperspektive mit der FPÖ zu.

Der voreilig einberufene Wahlkampf 2017 war für die SPÖ eine Herausforderung. Mit einer zuerst staatsmännischen Ausrichtung konnte sie gegen die neue Allianz aus ÖVP und FPÖ wenig punkten, griff das Thema der sozialen Gerechtigkeit erst spät auf und hatte dann noch mit Skandalen (um verdeckt beauftragtes Dirty Campaigning gegen Kurz) zu kämpfen. Trotz dieser Probleme konnte die Partei erfolgreich mit der Gefahr einer drohenden Neuauflage einer Koalition aus ÖVP und FPÖ mobilisieren und ihr letztes Wahlergebnis schließlich genau halten (26,9%). Mit der Bildung einer Koalition aus ÖVP und FPÖ im Herbst 2017 musste die SPÖ den Weg in die Opposition antreten.

Auszüge aus dem Parteiprogramm von 2018

Zur Neuausrichtung der Strategie und zur Korrektur einiger Blindstellen in der Konzeption sozialer Gerechtigkeit bemühte sich die SPÖ um ein neues Parteiprogramm. Es legt Grundhaltungen und Werte der Partei fest, enthält sich aber konkreten Projekten, die entsprechend der jeweiligen Lage konkret bewertet werden sollen.

„Wir begegnen den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels beherzt und voller Zuversicht. Denn wir können die Chancen nutzen, die der technologische Fortschritt bietet, um unsere Welt zum Besseren zu verändern. Und als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir uns an die Spitze dieses Fortschritts stellen, um Risiken in Möglichkeiten zu verwandeln. [...] Es gibt einen breiten Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit, nach Chancengleichheit und nach dem Respekt vor der Würde aller Menschen. Eine solche Zukunft kommt aber nicht von selbst. Wir müssen sie gemeinsam formen. Gemeinsam werden wir unsere Demokratie nicht bloß verteidigen, sondern ausbauen. Gemeinsam werden wir soziale Errungenschaften nicht bloß bewahren, sondern die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse neu ordnen. Das in diesem Programm gezeichnete Bild einer sozialen Demokratie ist unser Bauplan dafür. [...] Wir sind die Partei aller Menschen, deren Arbeitseinsatz die Grundlage für den eigenen Lebensunterhalt ist.“

„Die österreichische Sozialdemokratie versteht sich als Befreiungsbewegung. Wir brennen für das Ideal eines freien und selbstbestimmten Lebens. Darum kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Seite an Seite mit den Vielen, die zu wenig haben, um wirklich frei zu sein. Wir sind überzeugt davon, dass das wirksamste Mittel gegen Benachteiligung mehr Beteiligung ist. [...] Die Sozialdemokratie ist nicht die ‚starke‘ Beschützerin sozial ‚schwacher‘ Menschen, denn diese Menschen sind nicht schwach, sie haben bloß zu wenig Geld. Wir sind nicht dazu da, Menschen mit etwas zu ‚versorgen‘, sondern wollen sie zur Unabhängigkeit ermächtigen. [...] In diesem Geiste laden wir alle Menschen ein, sich an unserem Befreiungs- und Veränderungsprojekt zu beteiligen. [...] Wo wir sind, muss die Hoffnung auf Veränderung leben. Denn wir warten nicht auf bessere Zeiten. Wir machen sie.“



Reise in die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien
Ausgewählte Schauplätze

Hrsg. von MMag. Georg Sever

2018, 188 Seiten, ISBN 978-3-99046-331-4,
€ 24,90

10 Neue Herausforderungen in der Opposition

Die Formierung einer **Koalition aus ÖVP und FPÖ** veränderte die politische Landschaft gravierend. Das politische Projekt der Regierung konzentrierte sich auf eine Beförderung der Interessen von Unternehmen, Vermögenden und Hausbesitzenden und trachtete danach, den sozialpartnerschaftlichen Dialog zum Verstummen zu bringen. Maßnahmen wie die **Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse** (Einführung des 12h-Tages und der 60h-Woche), die Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, der **Umbau der Sozialversicherung** in Richtung einer Schwächung der Vertretung der ArbeitnehmerInnen, die Deckelung von Strafen für sozialversicherungsbetrügende Firmen, **Steuererleichterung für besserverdienende Familien** sowie die **Relativierung von Klimaschutzmaßnahmen** untermauerten diesen Kurs. Gerechtfertigt wurde die Politik der sozialen Kürzungen in erster Linie mit dem Bild einer angeblich drohenden Gefahr durch Einwanderung durch Asylwerbende, die gestoppt werden müsse. Schlussendlich stolperte die Regierung über eigene Skandale: von Spenden-skandalen, die den Vorwurf der Einflussnahme von Großunternehmen auf die Politik aufkommen ließen, über den Skandal um die polizeiliche Razzia im Nachrichtendienst BVT unter dem FPÖ-geführten Innenministerium bis hin zum Skandal um illegale Parteienfinanzierung der FPÖ für politische Gefälligkeiten und korrupte Geschäfte. Nach 572 Tagen wurde sie von der ÖVP beendet, da innere Widerstände in der ÖVP eine Fortführung unmöglich gemacht hatten. Viele Maßnahmen wie etwa eine geplante Aufweichung des MieterInnenschutzes, eine Zerschlagung der Arbeiterkammern, die Integration der Notstandshilfe in die Sozialhilfe (Einführung von Hartz IV in Österreich) oder etwa Steuererleichterungen für Unternehmen konnten durch die vorzeitige Beendigung der Koalition nicht mehr umgesetzt werden. Mit dem Verlust einer parlamentarischen Mehrheit wurde Kurz im Juni 2019 als Bundeskanzler das Misstrauen ausgesprochen, woraufhin sich eine **Expertenregierung** aus unabhängigen ExpertInnen formierte, die bis zur Bildung einer neuen Koalition die Regierungsgeschäfte führt.

Der Oppositionsgang war für die SPÖ ein schwerer Schlag, hatte sie doch ihren Kurs unter Kern kompromisshaft auf eine Große Koalition ausgerichtet. Eigene Initiativen blieben im ersten Jahr der Opposition weitgehend aus, mitunter auch, da die Parteiteile keinen einheitlichen Ansatzpunkt fanden. Kern legte seinen

Parteivorsitz im September 2018 schließlich überraschend zurück. Mit **Pamela Rendi-Wagner**, einer Ärztin und Wissenschaftlerin, die bereits unter Kern als Gesundheitsministerin fungierte, konnte eine Nachfolgerin für den Oppositionskurs gefunden werden. Im Dezember 2018 wurde sie als bislang erste Frau in die Funktion der Parteivorsitzenden gewählt. Als im **Mai 2019 der Ibiza-Skandal** die politische Bühne erschütterte, war sie kaum ein halbes Jahr in der Funktion und die Neuausrichtung der Partei erst in den Anfängen.



Pamela Rendi-Wagner (geboren 1971) übernahm die Partei nach Christian Kerns überraschendem Rücktritt. Sie ist die erste Frau an der Spitze der SPÖ und seit 2018 Oppositionsführerin im Parlament.

Die für den Wahlkampf entwickelte Kampagne setzte wieder auf Kernthemen der sozialen Gerechtigkeit, um der Politik der Regierung soziale Forderungen entgegenzusetzen: Anhebung des Mindestlohnes auf 1.700 EUR, Abmilderung der Steuerprogression beim Eingangssteuersatz, Besteuerung sehr hoher Erbschaften, Beseitigung der steigenden Kinderarmut in Österreich, Ausbildungsmaßnahmen, Klimaticket zur Vergünstigung des öffentlichen Verkehrs, Förderung des öffentlichen Wohnbaus und finanzielle Unterstützung junger Erwachsener bei der ersten Wohnungssuche oder etwa Einführung einer öffentlichen Pflegegarantie.

10 Neue Herausforderungen in der Opposition

Die Lage sozialdemokratischer Parteien ist aktuell in Europa keine rosige. In nur wenigen europäischen Ländern ist die Sozialdemokratie an der Macht und der Aufstieg des Rechtspopulismus und Neonationalismus spielt die soziale Frage auf die Seite. Von einem Niedergang der Sozialdemokratie in Europa zu sprechen ist jedenfalls aber verfrüht. Die Sozialdemokratie ist eine sehr wandlungsfähige Parteienfamilie und wurde schon oft totgesagt. Ihr Programm ist keineswegs erfüllt, denn es gibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft. Solange die europäischen Gesellschaften von sozialen Widersprüchen geprägt sind, hat die soziale Frage im politischen Spektrum einen Platz. Hierzu muss sie aber auch aufgeworfen werden. Die SPÖ ist eine mitglieder- und ressourcenstarke Organisation, mobilisierungsfähig und voll von Mitgliedern mit Tatendrang und Kreativität. Wenn sich weiterhin GewerkschafterInnen selbstbewusst in der SPÖ einbringen und die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertreten und einfordern, wird die SPÖ auch weiterhin ein wichtiger Faktor der österreichischen Politik sein.

Aus Gewerkschaftssicht sind viele Vorhaben der SPÖ zu begrüßen: die Bekämpfung der steigenden sozialen Ungleichheit durch Steuerpolitik, die Förderung von stabilen zukunftssicheren Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsrechten und fairen Einkommen, die solidarische soziale Absicherung von Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit und Pflege auf hohem und menschenwürdigem Niveau mit demokratischer Mitsprache, eine Förderung des öffentlichen Verkehrs, des öffentlichen Wohnbaus sowie auch Klimaschutzmaßnahmen mit positiven Verteilungseffekten. Die Geschichte ist offen und die Zukunft der SPÖ noch nicht geschrieben.

Literatur

- Becker, Joachim (2000): Verspätung und Avantgardismus. Zur politischen Ökonomie des gesellschaftlichen Umbruchs in Österreichs; in: Kurswechsel 4/2000; 95–109.
- BEIGEWUM (Hg.) (2015): Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt; Wien: Mandelbaum.
- Brand, Ulrich (2011): Sozialdemokratische Politik in Zeiten der multiplen Krise; in: Ders. (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte. Gegenhegemoniale Strategien; Hamburg: VSA; 83–95
- Butzlaff, Felix et al. (Hg.) (2011): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand; Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Dachs, Herbert et al. (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch; Wien: Manz.
- Dimmel, Nikolaus / Schmid, Tom (Hg.) (2018): Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau; Wien: Mandelbaum.
- Fischer, Heinz (1994): Die Kreisky-Jahre, 1967–1983; Wien: Löcker.
- Fischer, Heinz (Hg.) (2018): 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918–2018; Wien: Czernin.
- Kreisky, Bruno (1986): Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten; 2. Auflage; Berlin: Siedler.
- Kreisky, Bruno (2000): Im Strom der Politik; überarb. Neuausgabe; Wien: Kremayr & Scheriau.
- Kriechbaumer, Robert (1998): Die Ära Josef Klaus. Österreich in den ‚kurzen‘ sechziger Jahren; Wien: Böhlau.
- Kriechbaumer, Robert (2004): Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983; Wien: Böhlau.
- Konecny, Albrecht (1993): Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Programme; Wien: Löcker.
- Lanc, Erwin (1996): Sozialdemokratie in der Krise; Wien: Promedia.
- Leser, Norbert (2008): Der Sturz des Adlers. 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie; Wien: Kremayr & Scheriau.

- Liegl, Barbara (2006): Die SPÖ. In: Tálos, Emmerich (Hg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des ‚Neu Regierens‘; Wien: LIT; 38–52.
- Merkel, Wolfgang (1993): Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich; Frankfurt/M.: Campus.
- Merkel, Wolfgang et al. (2008): Social Democracy in Power. The Capacity to Reform; London: Routledge.
- Maderthaner, Wolfgang / Müller, Wolfgang C. (Hg.) (1996): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995; Wien: Löcker Verlag.
- Maderthaner, Wolfgang et al. (Hg.) (2007): Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich; Wien: Löcker.
- Meyer, Thomas (1998): Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert; Bonn: Dietz.
- Müller, Wolfgang C. (1996): Die Organisation der SPÖ, 1945–1995; in: Ders./Maderthaner, Wolfgang (Hg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995; Wien: Löcker Verlag; 195–356.
- Neugebauer, Wolfgang / Schwarz, Peter (2005): Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten; Wien: Czernin.
- Nowotny, Thomas (2016): Das Projekt Sozialdemokratie; Innsbruck: Studienverlag.
- Pelinka, Peter (2005): Eine kurze Geschichte der SPÖ; Wien: Ueberreuter.
- Pelinka, Anton (2008): Zur Krise der SPÖ; in: Europäische Rundschau, Jg. 36 (2008), H. 3; 39–43
- Pelinka, Peter / Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945; Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Petritsch, Wolfgang (2010): Bruno Kreisky. Die Biographie; St. Pölten: Residenz.
- Pittler, Andreas (2000): Alfred Gusenbauer; Wien: Molden.
- Pittler, Andreas (2012): Theodor Körner; Wien: Gerold.
- Pittler, Andreas (2018): Geschichte Österreichs; Köln: Papyrossa.
- Puller, Armin (2018): Die Österreichische Volkspartei unter Sebastian Kurz; in: Kurswechsel 3/2018; 9–18.

Literatur

- Puller, Armin (2019): Grenzen der postblairistischen Konstellation. Das Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie; in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 49(196); 387–406.
- Rathkolb, Oliver (2011): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010, 7. Aufl.; Innsbruck: Haymon.
- Sandner, Günter (2018): Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie; 3. Aufl.; Wien.
- Sassoon, Donald (2010): One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century; London: I.B. Tauris.
- Schröder, Gerhard / Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1999; 887–896.
- SPÖ (1958): Das Parteiprogramm; Wien.
- SPÖ (1978): Das Parteiprogramm der SPÖ; Wien.
- SPÖ (1998): Das Grundsatzprogramm; Wien.
- SPÖ (2017a): Plan A. Das Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune; Wien.
- SPÖ (2017b): Ziele & Werte für Österreich. Wertekompass der SPÖ; Wien.
- SPÖ (2018): Grundsatzprogramm; Wien.
- Tálos, Emmerich (Hg.) (2006): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des ‚Neu Regierens‘; Wien: LIT.
- Tálos, Emmerich / Hinterseer, Tobias (2019): Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende?; Innsbruck: Studienverlag.
- Vranitzky, Franz (2004): Politische Erinnerungen; Wien: Zsolnay.
- Walter, Franz (2010): Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie. Berlin.
- Weber, Fritz (1983): SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ; Wien: Junius.

Weber, Fritz (2011): Der Kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950; 2. Aufl.; Wien: LIT.

Wenninger, Florian et al. (Hg.) (2007): Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen; Wien: Braumüller.



Autoren

Armin Puller ist Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Universität Wien und der Fachhochschule Campus. Er beschäftigt sich mit Fragen des Wandels von staatlichen Strukturen und Parteien im Zuge von Globalisierung und Finanzkrise, politischer Theorie sowie mit Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften.

Florian Wenninger, Politikwissenschaftler und Historiker, leitet das Historische Institut der Arbeiterkammer Wien. Zu seinen Forschungsinteressen zählen unter anderem die österreichische Zeitgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Notizen